



BACHELORARBEIT

Herr
Simon Krebs

**Medienfreiheiten und Ju-
gendmedienschutz – ein Wi-
derspruch?**

2014

BACHELORARBEIT

Medienfreiheiten und Jugend- medienschutz – ein Wider- spruch?

Autor:
Herr Simon Krebs

Studiengang:
Angewandte Medienwirtschaft

Seminargruppe:
AM09wS1-B

Erstprüfer:
Prof. Kurt-Ullrich Mayer

Zweitprüfer:
Kaya Tina Büttner, Dipl. Journ. (FH)

Einreichung:
Mittweida, 24.6.2014

BACHELOR THESIS

Media freedom and Protection of Minors in the Media – a con- flict?

author:

Mr. Simon Krebs

course of studies:

Angewandte Medienwirtschaft

seminar group:

AM09wS1-B

first examiner:

Prof. Kurt-Ullrich Mayer

second examiner:

Kaya Tina Büttner, Dipl. Journ. (FH)

submission:

Mittweida, 24.6.2014

Bibliografische Angaben

Krebs, Simon

Medienfreiheiten und Jugendmedienschutz – ein Widerspruch?

Media freedom and Protection of Minors in the Media – a conflict?

43 Seiten, Hochschule Mittweida, University of Applied Sciences,
Fakultät Medien, Bachelorarbeit, 2014

Abstract

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Frage der Vereinbarkeit von Medienfreiheiten und Jugendmedienschutz. Zur Beantwortung dieser Frage wird zunächst der Bereich der Medienfreiheiten beleuchtet und dann eine Untersuchung des Jugendmedienschutzes vorgenommen. Danach erfolgt eine Gegenüberstellung der beiden Bereiche und es werden vorhandene Probleme anhand von Liedern des Rappers Bushido aufgezeigt. Das Ergebnis der Analyse ist, dass es zwar Probleme zwischen der Freiheit der Medien und dem Schutz der Jugend geben kann, es aber keinen Widerspruch gibt.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	V
Abkürzungsverzeichnis	VII
1 Einleitung.....	1
2 Medienfreiheiten.....	3
2.1 Aufgaben der Medien.....	3
2.2 Die Geschichte der Pressefreiheit	4
2.3 Die Ausgestaltung der Medienfreiheiten nach dem Grundgesetz	7
2.3.1 Meinungs- und Informationsfreiheit	8
2.3.2 Die Freiheiten spezieller Medien	9
2.3.3 Kunstfreiheit.....	11
2.3.4 Schranken.....	12
3 Jugendmedienschutz.....	14
3.1 Die Entstehung des Jugendmedienschutzes.....	14
3.1.1 Die Entstehung der neuen Jugendschutzvorschriften.....	17
3.2 Regelungsinhalte des Jugendschutzgesetzes.....	19
3.2.1 Allgemeines	19
3.2.2 Jugendschutz im Bereich der Medien	20
3.3 Regelungsinhalte des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages	22
3.4 Kontrollorgane.....	25
3.4.1 Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien	26
3.4.2 Kommission für Jugendmedienschutz.....	28
3.4.3 Einrichtungen der freiwilligen Selbstkontrolle	30
4 Konflikte zwischen Medienfreiheiten und Jugendmedienschutz	33
4.1 Generelle Konflikte.....	33
4.2 Beispiele anhand von Songs des Rappers Bushido	34
4.2.1 Bushidos Werdegang.....	35
4.2.2 Bushidos Album "Vom Bordstein bis zur Skyline"	36
4.2.3 Der Song "Stress ohne Grund"	38
5 Fazit.....	42
Literaturverzeichnis	VIII
Anlagen.....	XI
Auszüge aus dem Grundgesetz (GG)	XI

Auszüge aus dem Jugendschutzgesetz (JuSchG)	XII
Auszüge aus dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV)	XXII
Auszug aus der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)	XXX
Auszug aus dem Rundfunk-Staatsvertrag (RStV).....	XXXI
Songtexte von Bushido	XXXI
Eigenständigkeitserklärung	XXXV

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
ARD.....	Arbeitsgemeinschaften der Rundfunkanstalten Deutschlands
Art.	Artikel
BMFSFJ.....	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BPjM.....	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien
BPjS.....	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften
BRD.....	Bundesrepublik Deutschland
Bzw.	beziehungsweise
DDR.....	Deutsche Demokratische Republik
EMRK.....	Europäische Menschenrechtskonvention
f.	folgende (Seite)
ff.	folgende (Seiten)
FSF.....	Freiwillige Selbstkontrolle Fernsehen
FSK.....	Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft
FSM.....	Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter
GG.....	Grundgesetz
GjS.....	Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften
JMStV.....	Jugendmedienschutz-Staatsvertrag
JÖSchG.....	Gesetz zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit
JuSchG.....	Jugendschutzgesetz
KJM.....	Kommission für Jugendmedienschutz
MDStV.....	Mediendienste-Staatsvertrag
Nr.	Nummer
NSDAP.....	Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei
Rn.	Randnummer(n)
RPG.....	Reichspressegesetz
RStV.....	Rundfunk-Staatsvertrag
S.	Seite(n)
SPD.....	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StGB.....	Strafgesetzbuch
USA.....	Vereinigte Staaten von Amerika
USK.....	Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle
WRV.....	Weimarer Reichsverfassung
z.B.	zum Beispiel
ZDF.....	Zweites Deutsches Fernsehen

1 Einleitung

In der vorliegenden Bachelorarbeit „Medienfreiheiten und Jugendmedienschutz – ein Widerspruch?“ soll untersucht werden, ob die beiden Bereiche Medienfreiheiten und Jugendmedienschutz miteinander zu vereinbaren sind oder ob diese sich gegenseitig ausschließen.

In einer Zeit, in der das Angebot an Medien, insbesondere durch das sich massiv verbreitende Internet, so groß ist wie nie zuvor, kommt dieser Frage eine immer größere Bedeutung zu. Man muss für verschiedene Mediengattungen unterschiedliche Jugendmedienschutzvorschriften finden und gleichzeitig die Wahrung der Medienfreiheiten beachten. Dabei kann es zwischen diesen beiden Bereichen zu Konflikten kommen, die zu der Frage führen, ob die Medienfreiheiten auf der einen Seite und der Schutz der Jugend auf der anderen Seite miteinander vereinbar sind.

Um dieser Frage auf den Grund zu gehen und herauszufinden, ob ein Widerspruch vorliegt oder nicht, werde ich zunächst das Kapitel Medienfreiheiten bearbeiten. Dies bedeutet, dass zum einen aufgezeigt wird, welche Aufgaben die Medien in unserer Gesellschaft zu erfüllen haben. Außerdem wird der Weg aufgezeigt, der zur Pressefreiheit, wie wir sie heute kennen, geführt hat und wie die Freiheit der Medien nach dem Grundgesetz geschützt wird.

Der nächste Schritt ist dann die Untersuchung des „Gegenpols“ zu den Freiheiten, nämlich den Einschränkungen, in diesem Fall der Jugendmedienschutz. Dazu werden zunächst die Entstehung des Jugendmedienschutzes und die Erarbeitung der aktuellen Jugendmedienschutzgesetze aufgezeigt. Darauf aufbauend werde ich auf die Inhalte dieser Gesetzesschriften, das Jugendschutzgesetz und der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag der Bundesländer, eingehen und abschließend die Kontrollorgane, die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien, die Kommission für Jugendmedienschutz und die Einrichtungen der freiwilligen Selbstkontrolle, genauer untersuchen und deren Aufgaben aufzeigen.

Im Anschluss daran werde ich die beiden Bereiche gegenüberstellen. Dazu werde ich als erstes generelle Konflikte aufzeigen, die sich aus den gegensätzlichen Schwerpunkten der Bereiche Medienfreiheiten und Jugendmedienschutz ergeben. Danach werde ich einige Konfliktbeispiele nennen und anhand von Liedern des Rappers Bushido aufzeigen, welche Probleme entstehen können, wenn es gilt, zwischen der Freiheit der Medien und dem Schutz der Jugend eine Gewichtung vorzunehmen.

Zum Abschluss ziehe ich ein Fazit unter die Frage, ob Medienfreiheiten und Jugendmedienschutz miteinander zu vereinbaren sind.

In den Anlagen befinden sich die in der Arbeit erwähnten Artikel des Grundgesetzes, der Europäischen Menschenrechtskonvention, die bearbeiteten Paragraphen des Rundfunk-Staatsvertrages, des Jugendschutzgesetzes und des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages sowie die benutzten Songtexte des Rappers Bushido.

Formal ist die Arbeit so gestaltet, dass ich für Zitate und Verweise die deutsche Zitierweise gewählt habe, was bedeutet, dass diese in den Fußnoten am unteren Rand der jeweiligen Seiten zu finden sind, damit der Fließtext nicht durch Verweise unterbrochen wird.

2 Medienfreiheiten

In diesem Abschnitt werde ich den Bereich Medienfreiheiten analysieren. Dazu werde ich zunächst die Aufgaben der Medien darlegen und anschließend die Geschichte der Pressefreiheit skizzieren. Der abschließende Teil beschäftigt sich mit der Ausgestaltung der Medienfreiheiten nach dem Grundgesetz.

Die Medienfreiheiten werden in Art. 5 GG geregelt. Abs. 1 schützt sowohl die Meinungs- und Informationsfreiheit als auch die Freiheit von Presse, Rundfunk und Film. In Abs. 2 werden diese Rechte dahingehend eingeschränkt, dass diese Freiheit nicht mit allgemeinen Gesetzen, Jugendschutzgesetzen und der persönlichen Ehre anderer kollidieren darf. Abs. 3 bestimmt die Freiheit von Kunst, Wissenschaft, Forschung und Lehre.

2.1 Aufgaben der Medien

Öffentlich zugängliche Medien haben die klassische Aufgabe, „Kommunikation zeitlich und örtlich über gegenwärtig Anwesende hinaus zu erstrecken und sich an einen unbestimmten Personenkreis zu richten“¹.

Etwas detaillierter wird dies im zweiten Abschnitt (Vorschriften über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk) des Rundfunk-Staatsvertrages (RStV) dargelegt. § 11 RStV beschreibt den Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Demnach sollen öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten an der „freie[n] individuelle[n] und öffentliche[n] Meinungsbildung“ mitwirken und dadurch die Bedürfnisse demokratischer, sozialer und kultureller Art der Bevölkerung erfüllen. Darüber hinaus müssen sie einen Überblick über das weltweite Geschehen geben, sowohl über internationale, als auch über nationale und regionale Ereignisse. Des Weiteren werden verpflichtende Programminhalte festgelegt. Diese müssen aus den Bereichen der Bildung, Information, Beratung und Unterhaltung kommen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf kulturellen Beiträgen.

In § 11 Abs. 2 RStV ist außerdem festgelegt, dass die Berichterstattung objektiv und unparteiisch sein muss und Meinungsvielfalt und eine Angebotsausgewogenheit gegeben sein müssen.

¹ Michael/Morlok, 2014: S. 139, Rn. 219.

Zur der Aufgabe der Information ist noch hinzuzufügen, dass dies staatspolitisch von großer Bedeutung ist, da die Bürger, welche durch die Medien informiert werden, in einer Demokratie über die Geschehnisse auf der ganzen Welt im Bilde sein müssen.²

Darüber hinaus obliegt den Medien aber auch die Aufgabe der sogenannten „Vierten Gewalt“. In Deutschland sind die Gewalten (Exekutive, Legislative, Judikative) getrennt, unterliegen aber mehr oder weniger dem Staat. Hier ist es besonders wichtig, dass die Medien durch ihre Unabhängigkeit ein Gegengewicht zu dieser staatlichen Gewalt bilden.³

Zu guter Letzt haben die Medien die Aufgabe zu kontrollieren und zu kritisieren. Sie müssen öffentliche Missstände aufdecken und zu einem Sprachrohr der Bürger werden.⁴

2.2 Die Geschichte der Pressefreiheit

Im 17. Jahrhundert entstand mit der Zeitung ein neues Medium. Dieses war zugleich das erste richtige Massenmedium, da es als erstes auf schnelle Weise eine unbegrenzte Zahl an Rezipienten erreichte.⁵ Als das Format der Zeitung aufkam, bestand für diese, aus Angst vor Meinungen und Informationen, die sich gegen die Herrschenden richten, die Zensur.⁶

Im 18. Jahrhundert wurde die Forderung nach einer freien Presse immer lauter. So kam es, dass die Amerikaner sie 1776 in der Erklärung der Menschenrechte als ein solches bezeichneten, was dazu führte, dass auch in anderen Staaten Bestrebungen in diese Richtung entstanden.⁷

Im Jahr 1789 brach in Frankreich die Französische Revolution aus. Im Rahmen der Revolution erfolgte die Erklärung der Menschenrechte, welche auch die Pressefreiheit

² Vgl. Löffler, 1963: S. 346.

³ Vgl. Löffler, 1963: S. 348.

⁴ Vgl. Löffler, 1963: S. 348.

⁵ Vgl. Böhn/Seidler, 2014: S. 60.

⁶ Vgl. Böhn/Seidler, 2014: S. 62.

⁷ Vgl. Böhn/Seidler, 2014: S. 63.

enthielt, woraufhin in Deutschland aus Angst vor Gewalt die Pressefreiheit durch Fürsten weiter eingeschränkt wurde.⁸

1815 versprach die Wiener Bundesverfassung, die Pressefreiheit einheitlich zu regeln. Die trat allerdings zunächst nicht ein; die Großmächte Preußen und Österreich führten sogar strengere presserechtliche Regeln ein, während Weimar, Bayern und Württemberg die Vorgaben lockerten.⁹

1819 verfassten Preußen und Österreich die „Karlsbader Beschlüsse“, auf welchen das Bundespressegesetz basierte, welches im September 1819 in Kraft trat. Dieses besagte vor allem, dass jedes Druckerzeugnis mit weniger als 320 Seiten einer Vorzensur zu unterwerfen sei, was zu einer eindeutigen Beschneidung der Pressefreiheit führte.¹⁰

Diese Beschlüsse wurden heftig kritisiert. Johann Georg August Wirth und Jakob Siebenpfeiffer, beide Publizisten, gründeten 1832 den „Deutschen Preß- und Vaterlandsverein zur Unterstützung der Freien Presse“ und wollten dadurch ihrer Forderung nach Pressefreiheit Nachdruck verleihen.

1848 wurde im Rahmen der Deutschen Revolution die Wirksamkeit des Pressegesetzes der Karlsbader Beschlüsse außer Kraft gesetzt und am 3. März 1848 die Pressefreiheit verkündet. Da die Revolution scheiterte, wurde 1854 ein neues Pressegesetz verabschiedet, welches nur gültig war, wenn es durch Landesrecht umgesetzt wurde; dies bedeutet, dass es keine bundesrechtliche Wirksamkeit besaß.¹¹

Im Jahr 1874 trat das Reichspressegesetz (RPG) in Kraft, welches aufgrund mangelnder Freiheiten der bis dahin bestehenden Gesetze besonders von Liberalen gefordert wurde. Es garantierte nach § 1 RPG die Pressefreiheit und enthielt nur noch wenige Ausnahmen für staatliche Eingriffe. Allerdings war es auch verpflichtend, jeweils ein Exemplar der Polizei zu übergeben. Es war so ausgearbeitet, dass es im Medienbereich kein Reichs- und Landesrecht mehr gab, sondern auf kompletter Reichsebene gültig war. Teile des Gesetzes waren sogar bis in Jahr 1966 gültig.¹²

Nach dem Ersten Weltkrieg wurden die Einschränkungen der Presse aufgehoben und somit die Pressefreiheit gewährt. Zumindest galt dies für deutsche Staatsbürger, die

⁸ Vgl. Pressefreiheit Wissen.

⁹ Vgl. Stöber, 2000: S. 133.

¹⁰ Vgl. Stöber, 2000: S. 133 f.

¹¹ Vgl. Stöber, 2000: S. 135.

¹² Vgl. Stöber, 2000: S. 136 f.

nach Art. 118 der Weimarer Reichsverfassung (WRV) das Recht der freien Meinungsäußerung zugestanden bekamen.¹³

Am 30. Januar 1933 kam die NSDAP im Deutschen Reich an die Macht. Bereits einen Monat später wurden Presseverlage, die entweder kommunistisch oder sozialistisch geprägt waren, enteignet, wodurch die Pressefreiheit de facto aufgehoben war. Die Presse und der Rundfunk wurden dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda unterstellt. Im Oktober 1933 wurde das Reichsschriftleitergesetz verabschiedet. Gemäß diesem Gesetz konnten Journalisten ein Berufsverbot auferlegt bekommen, wenn man durch ihre Berichterstattungen das „öffentliche Wohl“ gefährdet sah.¹⁴

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im Mai 1945 übernahmen die Siegermächte die Kontrolle über die Medien auf deutschem Gebiet. Das System der Nationalsozialisten wurde zwar schnell abgeschafft, in der sowjetischen Besatzungszone blieben die Methoden der staatlichen Beeinflussung aber ähnlich wie zu Zeiten des nationalsozialistischen Regimes, was sich auch in DDR-Zeiten nicht änderte. Zeitungen und Rundfunksendungen durften nur verbreitet werden, wenn sie staatsnah ausgelegt waren und die Regierenden nicht kritisierten.¹⁵

Im westlichen Teil des Landes durften Deutsche zunächst keine Massenmedien verbreiten, dies oblag einzig den Alliierten. Nach kurzer Zeit durften auch Deutsche wieder Zeitungen herausgeben, wobei diese lizenzpflichtig waren. Eine solche Lizenz bekam man allerdings nur, wenn man nicht negativ vorbelastet war, das heißt man musste sich dem nationalsozialistischen Regime entweder widersetzt haben oder wenigstens neutral gewesen sein. Als ehemaliger Nazi konnte man keine Presselizenz bekommen.¹⁶

Im Bereich des Rundfunks war die Angelegenheit komplizierter. Das Betreiben von Rundfunkanlagen war zunächst verboten; die westlichen Siegermächte hatten zunächst eigene Sender, die nach und nach an die Deutschen übergeben werden sollten. Bei der Gestaltung einer entsprechenden Rundfunkordnung hatte man allerdings Schwierigkeiten, da sich die Alliierten auf der einen Seite mit den deutschen Politikern über ein Rundfunkkonzept nicht einig waren und auf der anderen Seite auch unterei-

¹³ Vgl. Kohl/Hasse, 2001: S. 170.

¹⁴ Vgl. Kohl/Hasse, 2001: S. 174 f.

¹⁵ Vgl. Kohl/Hasse, 2001: S. 175 f.

¹⁶ Vgl. Kohl/Hasse, 2001: S. 176.

einander unterschiedliche Vorstellungen hatten, da Amerikaner, Engländer und Franzosen jeweils sehr verschiedene Rundfunkkonzepte in ihren eigenen Ländern hatten. Schließlich kam man aber doch zu einer einheitlichen Lösung, indem ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk eingeführt wurde.¹⁷

1949 wurde aus den westlichen Besatzungszonen die Bundesrepublik Deutschland (BRD) gegründet und das Grundgesetz trat in Kraft. Gemäß Art. 5 GG wurden die Freiheit der Presse und das Recht der freien Meinungsäußerung gewährleistet und hat bis heute Gültigkeit.

In der DDR war die Presse gleichgeschaltet und der Rundfunk zentralisiert. Da es praktisch nicht zu verhindern war, war aber der Empfang von Rundfunk und Fernsehen aus dem Westen nicht unter Androhung von Strafen verboten. An diesem Gesamtzustand änderte sich bis zum Fall der Berliner Mauer nichts. Danach gab es allerdings den „Beschluss der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik über die Gewährleistung der Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit“, in welchem die Pressefreiheit garantiert wurde. Der Rundfunk wurde vorübergehend staatsfern organisiert. Am 3. Oktober 1990 folgte dann der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland, wodurch auf ihrem ehemaligen Staatsgebiet fortan die Gesetze der BRD galten.¹⁸

2.3 Die Ausgestaltung der Medienfreiheiten nach dem Grundgesetz

In diesem Abschnitt werde ich zunächst auf die Meinungs- und Informationsfreiheit eingehen. Danach werde ich mich den Freiheiten spezieller Medien widmen, namentlich Presse, Rundfunk und Film. Außerdem werde ich die Kunstfreiheit behandeln und abschließend die Schranken der Freiheiten erläutern.

Die Ausgestaltung der Rundfunkfreiheit ist gemäß dem Bundesverfassungsgericht erforderlich und somit durch den Gesetzgeber zu gewährleisten.¹⁹

¹⁷ Vgl. Kohl/Hasse, 2001: S. 176 f.

¹⁸ Vgl. Kohl/Hasse, 2001: S. 181.

¹⁹ Vgl. Cornils, 2005: S. 57.

2.3.1 Meinungs- und Informationsfreiheit

Durch die Freiheit der Meinung soll sich jeder Einzelne entfalten können, unabhängig von Themen oder Inhalten; dabei ist es auch egal, ob eine Meinung für die Allgemeinheit eventuell von Wert ist, sie wird geschützt.²⁰ Diese Freiheit beinhaltet auch die Freiheit der eigenen Meinungsbildung.²¹

Zunächst sollte einmal erklärt werden, wie der Begriff „Meinung“ zu verstehen ist. Dieser Begriff bezeichnet sowohl Werturteile, als auch um Tatsachenbehauptungen.²²

Dafür spricht zum einen Art. 10 Abs. 1 Satz 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), welcher besagt, dass „Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe“ weitergegeben werden können. Dies bedeutet, dass der in Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG genannte Begriff „seine Meinung“ nicht die eigene Meinung sein muss, sondern alle möglichen Meinungen sein können.²³

Des Weiteren ist es unwichtig, ob es sich im öffentlichen Diskurs um Tatsachen oder Werturteile handelt. Außerdem müssen auch Tatsachenbehauptungen durch den Menschen ausgewählt werden und können durch diesen verschiedenen interpretiert werden.²⁴

Allerdings gibt es auch Einschränkungen der Freiheit, Meinungen zu verbreiten. So ist die Verbreitung von Tatsachen, die erwiesenermaßen unwahr sind, nicht geschützt. Diese Unwahrheit einer behaupteten Tatsache muss allerdings erwiesen sein, da sich derjenige, der die Tatsache verbreitet hat, ansonsten auf Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG berufen kann.²⁵

Außerdem werden Meinungen nicht geschützt, die durch Druck, Zwang oder Gewalt durchgesetzt werden.²⁶ Die geschützte Meinungsäußerungsfreiheit „schützt Kommunikation nur als geistigen Vorgang“²⁷.

²⁰ Vgl. Michael/Morlok, 2014: S. 133, Rn. 205.

²¹ Vgl. Michael/Morlok, 2014: S. 136, Rn. 211.

²² Vgl. Michael/Morlok, 2014: S. 134, Rn. 209.

²³ Vgl. Michael/Morlok, 2014: S. 134 f, Rn. 209.

²⁴ Vgl. Michael/Morlok, 2014: S. 135, Rn. 209.

²⁵ Vgl. Michael/Morlok, 2014: S. 135, Rn. 210.

²⁶ Vgl. Michael/Morlok, 2014: S. 135, Rn. 210.

²⁷ Michael/Morlok, 2014: S. 135, Rn. 210.

Die dritte Einschränkung des Schutzbereiches betrifft Verstöße gegen Art. 1 Abs. 1 GG, welcher die Unantastbarkeit der Menschenwürde regelt. Dies ist der Fall, wenn eine oder mehrere Personen rein persönlich diffamiert werden.²⁸

Art. 5 Abs.1 Satz 1 GG regelt auch die Informationsfreiheit. Demzufolge hat jeder das Recht, „sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten“. Diese „müssen im Einklang mit dem Demokratieprinzip und dem Rechtsstaatsprinzip dazu bestimmt sein, einen unbestimmten Personenkreis zu informieren“²⁹.

2.3.2 Die Freiheiten spezieller Medien

In Art. 5 Abs.1 Satz 2 GG werden die Freiheiten ausgewählter Medien geregelt. Demzufolge werden sowohl die Pressefreiheit gewährleistet, als auch „die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film“. Hier erfolgt eine rein mediale Abgrenzung zwischen den einzelnen Medien, keine inhaltlicher oder institutioneller Art.³⁰

Der Begriff „Presse“ ist wie folgt zu verstehen: sie ist ein „körperliches, nicht notwendig gedrucktes Trägermedium“³¹, beinhaltet allerdings keine Online-Dienste, da diese zur Rubrik Rundfunk gezählt werden.³² Gemäß dem Bundesverfassungsgericht wird durch Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG die Presse auch als Institution an sich geschützt.³³

Beim Begriff „Pressefreiheit“ muss man allerdings zwischen der Freiheit des Verlegers und der Freiheit des ihm unterstellten Journalisten unterscheiden. Der Verleger hat die Verantwortung für den Inhalt der Zeitung bzw. des Endproduktes und verfügt somit über eine Richtlinienkompetenz den Angestellten gegenüber. Der Journalist hat ebenfalls eine Pressefreiheit, was ihm allerdings kein generelles Mitwirkungsrecht bezüglich der Ausrichtung des Unternehmens einräumt, sondern ihn nur vor Richtlinienkompetenzüberschreitungen seiner Vorgesetzten schützt.³⁴

Ein Problemfeld bietet der Konflikt zwischen Pressefreiheit und allgemeinen Persönlichkeitsrechten. Dieser entsteht oft, wenn Presseunternehmen über Prominente berichten. In solchen Fällen muss abgewogen werden, welches Interesse von höherer

²⁸ Vgl. Michael/Morlok, 2014: S. 136, Rn. 210.

²⁹ Michael/Morlok, 2014: S. 137, Rn. 215.

³⁰ Vgl. Michael/Morlok, 2014: S. 140, Rn. 222.

³¹ Michael/Morlok, 2014: S. 140, Rn. 222.

³² Vgl. Michael/Morlok, 2014: S. 140, Rn. 222.

³³ Vgl. Michael/Morlok, 2014: S. 140, Rn. 223.

³⁴ Vgl. Michael/Morlok, 2014: S. 141, Rn. 224.

Bedeutung ist. Bei dieser Abwägung ist der Wert der Information zwar nicht komplett außen vor zu lassen, er ist allerdings nur von untergeordnetem Interesse.³⁵ Am wichtigsten ist, dass in diesem Prozess der Abwägung „weder die meinungsbildende Freiheit der Presse, Themen zu setzen, noch die Nachfrage der Leser nach Unterhaltung grundsätzlich in Frage gestellt werden“³⁶.

Zum Bereich der Rundfunkfreiheit gehören das öffentlich-rechtliche Fernsehen, das private Fernsehen, Pay-TV und Online-Dienste. Geschützt werden sowohl die Berichterstattung als auch Unterhaltungssendungen, wobei der Bereich des Ehrschutzes bei Unterhaltungssendungen stärker zu gewichten ist als bei der Berichterstattung.³⁷

Hier sah die BILD-Zeitung 2010 einen „Angriff auf die Pressefreiheit“³⁸. Dieser Fall ist zum einen dem Bereich der Pressefreiheit und zum anderen auch dem Bereich der Rundfunkfreiheit zuzuordnen, da es sich um Recherchen sowohl der BILD-Zeitung als auch des Online-Dienstes BILD.de handelte. Sie hatten herausgefunden, dass ein deutscher Minister vermutlich eine Straftat begangen hatte und diesen mit ihren Ergebnissen konfrontiert. Dieser behauptete, dass dies die Öffentlichkeit nichts angehe und das Landgericht Berlin verbot BILD und BILD.de, über das Thema zu berichten.³⁹

Dies zeigt die Problematik zwischen freien Medien auf der einen und Persönlichkeitsrechten auf der anderen Seite deutlich auf. Wobei es in einem solchen Fall schon ungewöhnlich erscheint, die Persönlichkeitsrechte dem Interesse der Öffentlichkeit überzuordnen.

Ein weiterer Schutzbereich ist der Bereich der Filmfreiheit. Dieser erfasst sowohl Dokumentarfilme, welche besonderen Schutz erfahren, als auch Spielfilme; Kunstfilme hingegen werden durch Art. 5 Abs. 3 GG geschützt und gehören somit zum Bereich der Kunstfreiheit.⁴⁰

³⁵ Vgl. Michael/Morlok, 2014: S. 141, Rn. 225.

³⁶ Michael/Morlok, 2014: S. 141, Rn. 225.

³⁷ Vgl. Michael/Morlok, 2014: S. 142, Rn. 227.

³⁸ BILD.de, 2010.

³⁹ Vgl. BILD.de, 2010.

⁴⁰ Vgl. Michael/Morlok, 2014: S. 142, Rn. 228.

2.3.3 Kunstfreiheit

In Art. 5 Abs. 3 GG wird geregelt, dass, neben Wissenschaft, Forschung und Lehre, die Kunst frei ist.

Eine Abgrenzung von der Kunst zur Meinungsfreiheit ist allerdings schwierig; so sagt auch das Bundesverfassungsgericht, dass eine generelle Definition von Kunst unmöglich sei.⁴¹ Im Gegensatz zur Meinungs- und Informationsfreiheit und zur Freiheit von Presse, Rundfunk und Film werden in Art. 5 GG keine Einschränkungen zur Kunstfreiheit genannt. Durch diesen vorbehaltlosen Schutz der Kunst wird auch der Jugendschutz teilweise relativiert.⁴²

Die Schwierigkeit liegt in der Beurteilung, was Kunst ist und was nicht. Das Bundesverfassungsgericht nutzt parallel drei verschiedene Kunstbegriffe. Diese sind der idealistische, der formale und der bedeutungsorientierte Kunstbegriff.⁴³

Der idealistische Kunstbegriff besagt, dass Kunst bereits dadurch entsteht, dass ein Mensch etwas erschafft, was sich von der Natur abhebt.⁴⁴ Gemäß dem formalen Kunstbegriff handelt es sich um Kunst, wenn eine Kreation einer bereits bestehenden Kunstgattung entspricht.⁴⁵ Der bedeutungsorientierte Kunstbegriff besagt, dass Kunst dadurch besteht, dass ihre „Aussagen“ nicht eindeutig sein, sondern auf verschiedene Arten interpretiert werden können und somit einen Unterschied zur Wissenschaft aufweisen.⁴⁶

Um eine grobe Vorlage zu haben hat das Bundesverfassungsgericht in der Rechtssprechung festgelegt, dass Kunst „jedes Ergebnis freier schöpferischer Gestaltung [ist], in dem eigene Erfahrungen, Eindrücke und Erlebnisse (...) zu unmittelbarer Anschauung gebracht werden“⁴⁷.

Der Schutzbereich Kunst bezieht sich auf den Künstler selber, auf die Vermittler der Kunst und auch auf die Rezipienten.⁴⁸ Eventuelle wirtschaftliche Gewinne beeinträchti-

⁴¹ Vgl. Michael/Morlok, 2014: S. 144, Rn. 230.

⁴² Vgl. Michael/Morlok, 2014: S. 145, Rn. 233.

⁴³ Vgl. Michael/Morlok, 2014: S. 145, Rn. 234.

⁴⁴ Vgl. Michael/Morlok, 2014: S. 146, Rn. 235.

⁴⁵ Vgl. Michael/Morlok, 2014: S. 146, Rn. 236.

⁴⁶ Vgl. Michael/Morlok, 2014: S. 146, Rn. 237.

⁴⁷ Michael/Thiel, 2009: S. 164.

⁴⁸ Vgl. Michael/Morlok, 2014: S. 147, Rn. 239.

gen diesen Schutz zwar nicht, die wirtschaftliche Verwertung wird allerdings nicht geschützt.⁴⁹ Das bedeutet, dass auch nach Veröffentlichung eines Kunstwerkes dieses noch von Art. 5 Abs. 3 GG geschützt wird.

Kommt es zu Konflikten zwischen der Kunstfreiheit und anderen Grundrechten, muss dieses Problem mittels der Schranken gelöst werden; Verletzungen der Menschenwürde werden eventuell nicht von Art. 5 Abs. 3 GG geschützt.⁵⁰

2.3.4 Schranken

In Art. 5 Abs. 2 GG heißt es, dass es für die in Abs. 1 genannten Rechte Schranken gibt. Das heißt, dass man gewisse andere Rechte mit der Ausübung der in Abs. 1 genannten nicht verletzen darf. Diese Schranken sind allgemeine Gesetze, Jugendschutzgesetze und Rechte der persönlichen Ehre. Bei dem Begriff der „persönlichen Ehre“ geht es aber ausschließlich um Beleidigungen einzelner Personen, nicht aber der von ganzen Personengruppen.

Bei der Abwägung, ob die Meinungs-, Informations- oder Pressefreiheit zugunsten anderer Grundrechte beschnitten werden muss, darf weder Inhalt der Meinung noch ihr vermeintlicher Wert für die öffentliche Meinungsbildung in die Bewertung einfließen.⁵¹

Dies geht Hand in Hand mit Art. 3 Abs. 3 GG, nach welchem keine Personengruppe aus irgendwelchen Gründen (z.B. Geschlecht, Rasse, Religion) benachteiligt werden darf. Daher sind alle Meinungen in Bezug auf öffentliches Interesse gleichwertig, damit eine ungefilterte öffentliche Meinung entstehen kann.⁵² Daraus folgt, dass eine Meinung, die zu einer Frage des öffentlichen Diskurses geäußert wird, immer einen größeren Schutz genießt als eine solche, die im privaten Rahmen geäußert wird, unabhängig von ihrer vermeintlichen Qualität.⁵³

Die persönliche Ehre wird im Grundgesetz durch Art. 1 Abs.1 (Menschenwürde) und Art. 2 Abs. 1 (allgemeine Handlungsfreiheit, Freiheit der Person) geschützt.⁵⁴ Bei den allgemeinen Gesetzen ist es hingegen etwas schwieriger, da es zur Auslegung des

⁴⁹ Vgl. Michael/Morlok, 2014: S. 147, Rn. 240.

⁵⁰ Vgl. Michael/Morlok, 2014: S. 148, Rn. 242.

⁵¹ Vgl. Michael/Morlok, 2014: S. 321, Rn. 646.

⁵² Vgl. Michael/Morlok, 2014: S. 321, Rn. 646.

⁵³ Vgl. Michael/Morlok, 2014: S. 321 f, Rn. 646.

⁵⁴ Vgl. Michael/Morlok, 2014: S. 322, Rn. 647.

Begriffes verschiedene Theorien gibt. In der deutschen Rechtssprechung gelten Gesetze als allgemein, „wenn sie sich weder gegen die Meinungsfreiheit an sich noch gegen bestimmte Meinungen richten, sondern dem Schutz eines schlechthin, ohne Rücksicht auf eine bestimmte Meinung, zu schützenden Rechtsguts dienen“⁵⁵. Außerdem legte das Bundesverfassungsgericht fest, dass, wenn durch die Meinungsfreiheit einer Person ein anderes, höher einzuschätzendes schutzwürdiges Interesse einer anderen Person verletzt wird, die Meinungsfreiheit zweitrangig ist; dies wird allerdings von Fall zu Fall neu untersucht und entschieden.⁵⁶

Es ist aber wichtig anzumerken, dass gemäß Art. 5 Abs. 1 Satz 3 keine Zensur stattfindet, wodurch die Schranken wiederum eingeschränkt werden; eine sogenannte „Schranken-Schranke“. Dies bedeutet, dass vorab keine Zensur stattfinden darf, sondern nur im Nachgang einer geäußerten Meinung eventuell Anwendung finden kann, da eine Nachzensur nicht durch Art. 5 Abs. 1 Satz 3 GG abgedeckt wird.⁵⁷

⁵⁵ Michael/Morlok, 2014: S. 323, Rn. 652.

⁵⁶ Vgl. Michael/Morlok, 2014: S. 323, Rn. 652.

⁵⁷ Vgl. Michael/Morlok, 2014: S. 325 f, Rn. 656.

3 Jugendmedienschutz

Dieser Abschnitt widmet sich dem Thema Jugendmedienschutz. Dazu werde ich zunächst auf die Entstehung des Jugendmedienschutzes und der aktuellen Jugendmedienschutzgesetze eingehen. Daraufhin werden die Regelungsinhalte des Jugendschutzgesetzes und des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages erläutert. Am Ende des Kapitels werde ich die Kontrolleinrichtungen des Jugendmedienschutzes vorstellen und auf deren Aufgaben eingehen.

Gemäß dem Bundesverfassungsgericht ist der Jugendschutz ein Grundrecht, was es aus Art. 1 Abs. 1 GG (Unantastbarkeit der Menschenwürde), Art. 2 Abs. 2 GG (Freiheit der Person, Recht auf Leben) und Art. 6 Abs. 2 GG (Pflege und Erziehung von Kindern) ableitet.⁵⁸

3.1 Die Entstehung des Jugendmedienschutzes

Schon in der Antike gab es erste Formen von Jugendmedienschutz.⁵⁹ Diese Idee gibt es also schon seit sehr langer Zeit. An dieser Stelle soll jedoch nur auf den Jugendmedienschutz in Deutschland bzw. seinen Vorgängerstaaten eingegangen werden.

Im Jahr 1871 wurde im neu entstandenen Reichsstrafgesetzbuch in § 184 verboten, unzüchtige Schriften, Abbildungen und Darstellungen sowohl zu verkaufen, verteilen oder verbreiten als auch an publikumszugänglichen Orten auszustellen.⁶⁰ Dieses Gesetz wurde im Mai 1900 modifiziert und legte eine Altersgrenze fest; diese besagte, dass Jugendliche im Alter von unter 15 Jahren geschützt werden müssten.⁶¹

Anfang des 20. Jahrhunderts wurde die sogenannte „Schmutz- und Schundliteratur“ heftig kritisiert; besonders das Medium Film sah sich starker Kritik ausgesetzt.⁶² Ab 1909 gab es dann die „Berliner Verbotsliste“, durch welche eine Vereinheitlichung der Prüfpraxis erreicht wurde; allerdings bestand das Problem, dass es keine Vereinheitli-

⁵⁸ Vgl. BPjM. Rap-CD „NWA“ des Interpreten „Shindy“ indiziert, 2013: S. 15.

⁵⁹ Vgl. Busche, 2005: S. 46.

⁶⁰ Vgl. Busche, 2005: S. 49 f.

⁶¹ Vgl. Busche, 2005: S. 51 f.

⁶² Vgl. Busche, 2005: S. 53.

chung von Kriterien gab, durch welche eine Bedenklichkeit oder Unbedenklichkeit hätte ermittelt werden können.⁶³

Die Umsetzung dieser Prüfungen oblag der Polizei; diese prüfte zum einen, ob Filme Anregungen zu strafbaren Handlungen enthielten oder ob durch sie die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder des Anstandes vorlag, und zum anderen, ob sie gesundheitsschädigend, verrohend oder verderblich waren.⁶⁴ Dabei wurde zwischen den Zensuren des Inhalts und der vermeintlichen Wirkung unterschieden, wobei nur die vermeintliche Wirkung berücksichtigt wurde.⁶⁵ 1906 wurde dann eine Vorzensur eingeführt, bei welcher es drei relevante Kategorien gab; somit konnten Filme entweder für Kinder verboten oder freigegeben werden oder in der Zeit des Ersten Weltkrieges für die Dauer des Krieges verboten werden.⁶⁶

Zu Zeiten des Ersten Weltkrieges traten im Herbst 1915 Jugendschutzerlasse in Kraft, durch welche unter anderem der Verkauf von „Schmutz- und Schundliteratur“ verboten wurde; nach Kriegsende wurden diese Verkaufsverbote allerdings wieder rückgängig gemacht.⁶⁷

Im Jahr 1919 wurde in der neuen Reichsverfassung eine Zensurbestimmung festgelegt. Art. 118 besagte, dass es zwar generell keine Zensur gebe, aber gesetzliche Maßnahmen möglich seien, wenn es sich um Filme oder „Schmutz- und Schundliteratur“ handle; ein weiterer legitimer Grund sei der Jugendschutz bei öffentlichen Darbietungen.⁶⁸

Im Jahr darauf wurde das „Lichtspielgesetz“ verabschiedet, welches eine Genehmigungspflicht für öffentlich vorgeführte Filme vorsah, es sei denn, sie dienten der Kunst oder Wissenschaft. Der Jugendmedienschutz fand dahingehend Berücksichtigung, dass für Filme, die auch für Minderjährige (unter 18 Jahren) zugänglich sein sollten, eine besondere Zulassung notwendig war. Diese wurde verweigert, wenn Filme die Entwicklung Jugendlicher in sittlicher, geistiger oder gesundheitlicher Weise hätten gefährden oder die Fantasie überreizen können.⁶⁹

⁶³ Vgl. Busche, 2005: S. 56.

⁶⁴ Vgl. Busche, 2005: S. 56.

⁶⁵ Vgl. Busche, 2005: S. 56.

⁶⁶ Vgl. Busche, 2005: S. 56.

⁶⁷ Vgl. Busche, 2005: S. 57 ff.

⁶⁸ Vgl. Busche, 2005: S. 59 f.

⁶⁹ Vgl. Busche, 2005: S. 61.

Das erste wirkliche Jugendschutzgesetz wurde 1926 verabschiedet; es war das „Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor ‚Schmutz- und Schundschriften‘“ und besagte in § 1, dass es eine Liste gebe, in die „Schmutz- und Schundschriften“ aufgenommen werden sollten, welche daraufhin weder öffentlich beworben noch ausgestellt und lediglich Volljährigen zugänglich gemacht werden durften.⁷⁰

Im Nationalsozialismus gab es praktisch keinen Jugendmedienschutz mehr, da Medien nur aus propagandistischen Gründen verboten wurden. In der Weimarer Republik eingerichtete Prüfstellen wurden 1933 gleichgeschaltet und dem Propagandaministerium zugeordnet; zwei Jahre später wurde das „Schmutz- und Schundgesetz“ mit der Begründung revidiert, dass man nicht nur die Jugend, sondern alle Bürger vor dieser Art der Medien schützen müsse.⁷¹

Zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 und der Gründung der Bundesrepublik Deutschland waren die Besatzungsmächte für die Medienkontrolle verantwortlich; da aber fast alle Medien zunächst verboten waren, gab es auch keine Notwendigkeit für Jugendmedienschutzbestimmungen.⁷²

Nach und nach wurde der Jugendmedienschutz allerdings ein Thema. In den westlichen Besatzungszonen gab es vermehrt Forderungen nach Jugendschutzbestimmungen. Unter anderem wurde der Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit vom Süddeutschen Länderrat ausgearbeitet, welches durch die Gründung der BRD im Jahre 1949 allerdings nie in Kraft trat.⁷³

Ein Jahr nach Gründung der BRD legte die Bundesregierung einen Entwurf zum „Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften“ (GjS) vor, welches 1953 verabschiedet wurde und in Kraft trat.⁷⁴ Es legte in § 1 GjS fest, dass für Jugendliche sittlich gefährdende Schriften in eine Liste aufzunehmen seien, besonders bei Verherrlichung von Krieg, Verbrechen und Rassenhass.⁷⁵ Gemäß dem GjS sind Schriften gegenständliche Medien, also auch Abbildungen oder Schallplatten und nicht nur schriftliche Werke.⁷⁶ Zur Erfüllung dieser Aufgabe wurde gemäß GjS die Bundeszentra-

⁷⁰ Vgl. Busche, 2005: S. 63.

⁷¹ Vgl. Busche, 2005: S. 72 f.

⁷² Vgl. Busche, 2005: S. 75.

⁷³ Vgl. Busche, 2005: S. 76.

⁷⁴ Vgl. Busche, 2005: S. 81 f.

⁷⁵ Vgl. Busche, 2005: S. 82.

⁷⁶ Vgl. Busche, 2005: S. 84 f.

le für jugendgefährdende Schriften (BPjS) gegründet.⁷⁷ Im Gegensatz zum „Schmutz- und Schundgesetz“ wurde nach dem GjS der Wert einer Schrift nicht mehr beurteilt, sondern lediglich, ob eine sittliche Gefährdung für Jugendliche vorlag.⁷⁸

Im Jahr 1961 wurde § 1 GjS überarbeitet. In die Liste sollten nun Schriften aufgenommen werden, wenn diese unsittlich seien, verrohend wirkten oder Anreiz zu Gewalt, Verbrechen und Rassenhass gäben und auch bei Kriegsverherrlichung.⁷⁹

1974 wurde § 6 GjS überarbeitet. Ab diesem Zeitpunkt galten auch gewaltverherrlichende Schriften als schwere Gefährdung für die Jugend. Wiederum vier Jahre später erhielten auch Landes- und lokale Jugendämter ein Antragsrecht, wodurch man eine größere Nähe zu den Bürgern herstellen wollte, nachdem zuvor nur die Oberste Landesjugendbehörde ein solches Recht für sich beanspruchen konnte.⁸⁰

Im Juli 1985 kam es zu einer weiteren wichtigen Änderung im GjS. Da es eine Welle von Videos mit gewalttätigen Inhalten gab, sah man sich gezwungen, auf diese Entwicklung zu reagieren. Also wurden für Videofilme Kennzeichnungs- und Freigabepflichten eingeführt, wie man sie aus dem Bereich der Kinofilme bereits kannte.⁸¹

1997 wurde das GjS umbenannt, da man erkannt hatte, dass sich durch verschiedene Faktoren die Medienlandschaft verändert hatte. Es hieß von nun an „Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften und Medieninhalte“.⁸²

3.1.1 Die Entstehung der neuen Jugendschutzvorschriften

Ende der 90er Jahre galten die bestehenden Jugendschutzgesetze als überholt. Neben dem GjSM und den Bestimmungen im RStV gab es außerdem das „Gesetz zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit“ (JÖSchG) und Regelungen im „Mediendienste-Staatsvertrag“ (MDStV). Diese sollten besser aufeinander abgestimmt und vereinheitlicht werden.⁸³

⁷⁷ Vgl. BPjM. Geschichte der BPjM.

⁷⁸ Vgl. Busche, 2005: S. 83.

⁷⁹ Vgl. Busche, 2005: S. 86.

⁸⁰ Vgl. BPjM. Geschichte der BPjM.

⁸¹ Vgl. Busche, 2005: S. 87.

⁸² Vgl. Busche, 2005: S. 87.

⁸³ Vgl. Ukrow, 2004: S. 14, Rn. 21.

Im Mai 2000 fand daher eine Konferenz der Jugendminister der Länder zum Thema „Jugendschutz in den neuen Medien“ statt. Dort wurde ein Eckpunktepapier diskutiert, bei dem der Bund eine Verfahrensdominanz für die Jugendmedienschutzregelung gehabt hätte, was im Gegensatz zum Willen der Länder stand. Daher sollte eine Arbeitsgruppe für den Bereich der elektronischen Medien eine einheitliche Regelung für alle Länder prüfen.⁸⁴

Im August 2001 fand daraufhin ein Gespräch zwischen Vertretern des Bundes und der Länder statt. Bei diesem Treffen zeigte sich der Bund gewillt, dass die Länder eine Jugendschutzregelung aufstellen würden, die sich auf die elektronischen Medien bezog.⁸⁵

Im Oktober desselben Jahres fand eine Sonder-Medienkonferenz über ein einheitliches materielles Jugendmedienschutzrecht statt. Dabei waren sich die Chefs von Staats- und Senatskanzleien über die Einführung eines solchen Jugendmedienschutzrechts, das für alle elektronischen Medien Gültigkeit haben sollte, einig.⁸⁶

Im März 2002 kam es zur Verabschiedung von Eckwerten für die neue Jugendschutzregelung, woraufhin man sich mit dem Bund über die neue Gestaltung des Jugendmedienschutzes einigen konnte.⁸⁷

Durch den Amoklauf eines Schülers in Erfurt im April 2002 sahen sich die Politiker zu schnellem Handeln gezwungen. Die Bundesregierung (SPD, Bündnis 90/Die Grünen) stellte daraufhin am 13. Mai einen Entwurf eines neuen Jugendschutzgesetzes im Bundestag vor. Dieses Gesetz wurde am 21. Juni vom Bundesrat mit der Forderung von Nachbesserungen abgesegnet und erschien einen Monat später als Gesetz im Bundesgesetzblatt.⁸⁸

Gleichzeitig wurde am neuen Jugendmedienschutz-Staatsvertrag gearbeitet und im September 2002 wurde dieser von den Regierungschefs unterschrieben.⁸⁹

Der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag trat zum 1. April 2003 gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1 JMStV in Kraft. Das vom Bund neu geschaffene Jugendschutzgesetz, welches zwar

⁸⁴ Vgl. Ukrow, 2004: S. 14 f, Rn. 22.

⁸⁵ Vgl. Ukrow, 2004: S. 16, Rn. 24.

⁸⁶ Vgl. Ukrow, 2004: S. 17, Rn. 25.

⁸⁷ Vgl. Ukrow, 2004: S. 19, Rn. 30.

⁸⁸ Vgl. Ukrow, 2004: S. 24 f, Rn. 31, 32.

⁸⁹ Vgl. Ukrow, 2004: S. 25, Rn. 33.

schon im Vorjahr im Bundesgesetzblatt erschienen war, galt ebenfalls erst ab diesem Tag, da in § 30 Abs. 1 Satz 1 JuSchG geregelt wird, dass auch dieses Gesetz erst dann in Kraft tritt, wenn der Staatsvertrag der Länder wirksam ist.

In Folge der neuen Jugendschutzbestimmungen wurde die BPjS in „Bundeszentrale für jugendgefährdende Medien“ (BPjM) umbenannt.⁹⁰

3.2 Regelungsinhalte des Jugendschutzgesetzes

Das Jugendschutzgesetz ist in sieben Abschnitte unterteilt. Der erste Teil behandelt Allgemeines, die weiteren den Jugendschutz in der Öffentlichkeit, den Jugendschutz im Bereich der Medien, die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien, die Verordnungsermächtigung, die Ahndung von Verstößen sowie Schlussvorschriften. Dieses Kapitel soll das Allgemeine behandeln und dann auf den Jugendschutz im Bereich der Medien eingehen. Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien wird genauer unter Punkt 3.4 im Bereich der Kontrollorgane behandelt.

3.2.1 Allgemeines

In § 1 Abs. 1 JuSchG werden zunächst die Begriffe erläutert. Demzufolge sind Kinder Personen unter 14 Jahren, Jugendliche sind mindestens 14, aber noch keine 18 Jahre alt.

Die folgenden beiden Absätze widmen sich der Definition von Träger- und Telemedien. Trägermedien werden als „Medien mit Texten, Bildern oder Tönen auf gegenständlichen Trägern, die zur Weitergabe geeignet, zur unmittelbaren Wahrnehmung bestimmt oder in einem Vorführ- oder Spielgerät eingebaut sind“ definiert. Zur Weitergabe geeignet sind Medienträger dann, „wenn sie ohne Schaden weitergegeben werden können und die Weitergabe auch dem bestimmungsgemäßen Gebrauch entspricht“⁹¹. Damit sind beispielsweise Bücher oder CDs gemeint.⁹²

⁹⁰ Vgl. BPjM. Geschichte der BPjM.

⁹¹ Nikles et al., 2005: S. 147, Rn. 17.

⁹² Vgl. Nikles et al., 2005: S. 147, Rn. 17.

Medienträger sind dann zur unmittelbaren Wahrnehmung bestimmt, wenn die Inhalte direkt aufgenommen werden, wie für alle Druckerzeugnisse gilt, nicht aber für solche Träger, welche zur Wahrnehmung ein technisches Gerät voraussetzen.⁹³

In Absatz 3 werden Telemedien behandelt. Diese werden als „Medien, die nach dem Telemediengesetz übermittelt oder zugänglich gemacht werden“ beschrieben. Dies sind elektronische Medien, die den Online-Bereich umfassen, zum Beispiel abrufbare Filmdatenbanken, allerdings nicht den Rundfunk⁹⁴

3.2.2 Jugendschutz im Bereich der Medien

Abschnitt 3 des JuSchG ist in zwei Unterabschnitte (Trägermedien, Telemedien) unterteilt, befasst sich allerdings fast ausschließlich mit Trägermedien.

In § 11 JuSchG geht es um Regelungen bei öffentlichen Filmveranstaltungen. In Absatz 1 heißt es, dass Kindern und Jugendlichen die Anwesenheit nur gestattet werden darf, „wenn die Filme von der obersten Landesbehörde oder einer Organisation der freiwilligen Selbstkontrolle (...) zur Vorführung vor ihnen freigegeben worden sind oder wenn es sich um Informations-, Instruktions- und Lehrfilme handelt, die vom Anbieter mit ‚Infoprogramm‘ oder ‚Lehrprogramm‘ gekennzeichnet sind“. Durch eine solche Kennzeichnung kann der Anbieter eine Altersbeschränkung umgehen. Allerdings dürfen Werke nur als „Infoprogramm“ oder „Lehrprogramm“ gekennzeichnet werden, wenn eine Beeinträchtigung in Entwicklung oder Erziehung offensichtlich nicht geschieht. In § 11 Abs. 3 JuSchG werden Zeitgrenzen gesetzt, in denen Minderjährige „nur mit Begleitung einer personensorgeberechtigten oder erziehungsbeauftragten Person“ anwesend sein dürfen. Diese Grenzen gelten auch für Info- und Lehrprogramme.⁹⁵

Ferner wird in § 11 JuSchG geregelt, dass Werbefilme oder –programme für Tabakwaren oder alkoholische Getränke erst nach 18 Uhr gezeigt werden dürfen.

In § 12 JuSchG werden die gleichen Regeln für das Zugänglichmachen von Bildträgern mit Filmen oder Spielen vorgegeben, wie es § 11 JuSchG für Filmveranstaltungen vorschreibt, indem sie für die Altersstufe freigegeben oder als Info- oder Lehrprogramm gekennzeichnet sein müssen. Des Weiteren wird festgelegt, dass es für Träger mit der Kennzeichnung „Keine Jugendfreigabe“ Zugangs- und Vertriebsbeschränkungen gibt.

⁹³ Vgl. Nikles et al., 2005: S. 147 f, Rn. 18.

⁹⁴ Vgl. Nikles et al., 2005: S. 148, Rn. 21.

⁹⁵ Vgl. Nikles et al., 2005: S. 194, Rn. 7.

Dies bedeutet, dass Personen unter 18 Jahren solche Produkte nicht zugänglich gemacht werden dürfen. Selbst erwachsene Personen können solche Produkte nur in solchen Räumlichkeiten erwerben, die ein Kunde betreten muss, da nur an solchen Stellen eine ausreichende Alterskontrolle zu gewährleisten ist, anders als bei Ständen unter freiem Himmel.⁹⁶

§ 13 JuSchG regelt die Anforderungen an Bildschirmspielgeräte. Absatz 1 besagt, ähnlich wie §§ 11 und 12 JuSchG, dass Kinder und Jugendliche, wenn sie nicht von personensorgeberechtigten oder erziehungsberechtigten Personen begleitet werden, diese nur nutzen dürfen, wenn sie für die entsprechende Altersstufe freigegeben und gekennzeichnet sind oder die Kennzeichnung als Infoprogramm oder Lehrprogramm haben. In Absatz 2 werden die zulässigen Aufstellorte festgelegt. Die Aufstellung an Orten ohne Aufsicht ist nur dann möglich, wenn die Geräte für Kinder ab 6 Jahren oder ohne Altersbeschränkung freigegeben sind; dies gilt sowohl für entgeltliche Geräte als auch für unentgeltliche.⁹⁷

In § 14 JuSchG geht es um die Kennzeichnung von Filmen und Film- und Spielprogrammen. In Absatz 2 werden die Kennzeichnungen, die die oberste Landesbehörde oder eine Organisation der freiwilligen Selbstkontrolle vergibt, genannt. Danach können diese Träger ohne Altersbeschränkung, ab sechs, ab zwölf oder ab 16 Jahren freigegeben werden oder aber keine Jugendfreigabe erhalten. Dieses Modell der Jugendfreigabe wurde durch die Gesetzgebung mittlerweile auf alle Trägermedien ausgeweitet.⁹⁸

In Absatz 3 ist festgelegt, dass keine Kennzeichnung erfolgt, wenn eine der obersten Landesbehörden oder eine Organisation der freiwilligen Selbstkontrolle zu der Ansicht gelangt, dass ein Trägermedium nicht nur entwicklungs- oder erziehungsbeeinträchtigend für Kinder und Jugendliche ist, sondern nach § 15 Abs. 2 JuSchG schwer jugendgefährdend, oder wenn es bereits ein Indizierungsverfahren gegeben hat, bei dem eine Jugendgefährdung festgestellt wurde.⁹⁹

§ 15 JuSchG regelt den Umgang mit jugendgefährdenden Medien. Abs. 1 behandelt Medien, welche in die Liste jugendgefährdender Medien aufgenommen, also indiziert wurden. Näher eingegangen wird auf „Präsentations- bzw. Verbreitungs-, Abgabe- und

⁹⁶ Vgl. Nikles et al., 2005: S. 204, Rn. 16.

⁹⁷ Vgl. Nikles et al., 2005: S. 209, Rn. 10.

⁹⁸ Vgl. Nikles et al., 2005: S. 212 f, Rn. 3.

⁹⁹ Vgl. Nikles et al., 2005: S. 215, Rn. 12.

Werbeverbote¹⁰⁰. Diese haben zur Folge, dass Minderjährige im Prinzip keinen Zugang zu diesen Trägern haben. In Abs. 2 geht es um schwer jugendgefährdende Medien. Dieser besagt, dass auch solche Medien den Beschränkungen des ersten Absatzes unterliegen, die nicht in die Liste aufgenommen worden sind, wenn sie eines der im Absatz aufgeführten Kriterien aufweisen. Solche sind unter anderem Inhalte, die im Strafgesetzbuch (StGB) geregelt sind. Dies sind §§ 86 (Verbreiten von Propagandamitteln), 130 (Volksverhetzung), 130a (Anleitung zu Straftaten), 131 (Gewaltdarstellung) sowie 184 (Verbreitung pornographischer Schriften), 184a, b und c StGB (detaillierte Verbote zu pornographischen Schriften). Als dritte Kategorie von Medien, für welche die Beschränkungen des ersten Absatzes gelten, werden in Abs. 3 solche Trägermedien genannt, welche „mit einem Trägermedium, dessen Aufnahme in die Liste bekannt gemacht ist, ganz oder im Wesentlichen inhaltsgleich sind“. Trägermedien können auch dann inhaltsgleich sein, „wenn zwar Änderungen vorgenommen wurden, diese aber den jugendgefährdenden Gesamteindruck nicht schmälern“¹⁰¹.

§ 16 JuSchG ist der einzige Paragraph des zweiten Unterabschnitts und bezieht sich auf Telemedien. Dieser besagt, dass indizierte Telemedien Landesrecht unterliegen, wodurch für diese der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag greift.

3.3 Regelungsinhalte des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages

Der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag trägt den offiziellen Titel „Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien“ und ist ein Vertrag zwischen allen 16 Bundesländern. Er ist in sieben Abschnitte unterteilt. In diesem Kapitel wird das Augenmerk auf die ersten drei Abschnitte gelegt.

Der erste Abschnitt enthält allgemeine Vorschriften. In § 1 JMStV wird der Zweck des Staatsvertrages dargelegt. Dieser besagt, dass Kinder und Jugendliche einheitlich vor Angeboten in elektronischen Informations- und Kommunikationsmedien geschützt werden sollen, die entweder entwicklungs- oder erziehungsbeeinträchtigend sind oder die Menschenwürde oder andere Rechtsgüter verletzen. Dieser Zweck hat den Hintergrund, dass das bisherige Jugendschutzrecht angesichts sich immer schneller entwi-

¹⁰⁰ Nikles et al., 2005: S. 225, Rn. 14.

¹⁰¹ Nikles et al., 2005: S. 252, Rn. 99.

ckelnder Technik als nicht mehr zeitgemäß, unübersichtlich und teilweise lich galt.¹⁰²

§ 2 JMStV (Geltungsbereich) regelt, dass elektronische Informations- und Kommunikationsmedien diesem unterliegen. Dies sind der Rundfunk und Telemedien.

Die Begriffe „Kind“ und „Jugendlicher“ (§ 3) werden genauso definiert wie im JuSchG. Wer also unter 14 Jahren alt ist, gilt als Kind, wer unter 18 Jahren, aber mindestens 14 Jahre alt ist, gilt als Jugendlicher. Außerdem werden die Begriffe „Angebote“ und „Anbieter“ erläutert. Rundfunksendungen oder der Inhalt von Telemedien stellen ein Angebot dar, während der Rundfunkveranstalter oder derjenige, der Telemedien anbietet, als Anbieter firmiert.

§ 4 JMStV (Unzulässige Angebote) besagt, dass gewisse Inhalte nicht verbreitet werden dürfen. Abs. 1 bezieht sich auf solche, die generell nicht verbreitet werden dürfen, Abs. 2 auf diejenigen, bei welchen das Verbreitungsverbot nur für Kinder und Jugendliche gilt. Generell ist der Anbieter dafür verantwortlich, dass diese Vorschriften eingehalten werden.¹⁰³

In § 5 JMStV (Entwicklungsbeeinträchtigende Angebote) wird darauf näher eingegangen. Abs. 1 besagt, dass, wenn ein Anbieter Angebote macht, welche für Kinder oder Jugendliche ungeeignet sind, er dafür zu sorgen hat, dass diese die Angebote normalerweise nicht wahrnehmen können. Dies kann er dadurch erreichen, dass er entweder technische Mittel vorschaltet, die es Kindern und Jugendlichen erschweren bis unmöglich machen, das Angebot wahrzunehmen, oder dass für die Angebotsverbreitung eine Zeit ausgewählt wird, in der die Angebote von Kindern und Jugendlichen üblicherweise nicht wahrgenommen werden können.

§ 6 JMStV beinhaltet den Jugendschutz in der Werbung und im Teleshopping. Hier wird zum einen darauf hingewiesen, dass für die Werbung indizierter Produkte dieselben Regeln gelten wie für deren Verbreitung und in der Werbung nicht darauf verwiesen werden darf, dass es ein Verfahren zur Aufnahme in die Liste jugendgefährdender Medien gab oder gibt. In Abs. 2 wird außerdem die körperliche oder seelische Beeinträchtigung von Kindern und Jugendlichen durch Werbung und direkte Kaufaufrufe untersagt. Außerdem ist es verboten, das Vertrauensverhältnis von Minderjährigen zu

¹⁰² Vgl. Nikles et al., 2005: S. 314, Rn. 1.

¹⁰³ Vgl. Nikles et al., 2005: S. 326, Rn. 12.

Vertrauenspersonen auszunutzen, und auch, Kinder oder Jugendliche ohne Grund in gefährlichen Situationen zu zeigen.

In § 7 JMStV (Jugendschutzbeauftragte) wird aufgezeigt, wer Jugendschutzbeauftragte zu bestellen hat. Dies sind Veranstalter von länderübergreifendem Fernsehen sowie Anbieter allgemein zugänglicher Telemedien, deren Inhalte entwicklungsbeeinträchtigend oder jugendgefährdend sein können. Diese Anbieter müssen allerdings geschäftsmäßig tätig sein. Geschäftsmäßigkeit bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die Angebote durch Wiederholung „zu einem dauernden, mindestens zu einem wiederkehrenden Bestandteil seiner wirtschaftlichen bzw. beruflichen Betätigung gemacht werden“¹⁰⁴. Die weiteren Absätze des Paragraphen zeigen Ausnahmen von der Pflicht auf und klären die Rechte und Pflichten des Jugendschutzbeauftragten.

Der zweite Abschnitt des JMStV widmet sich den Vorschriften für den Rundfunk. § 8 JMStV (Festlegung der Sendezeit) räumt den Landesrundfunkanstalten, welche in der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD) zusammengeschlossen sind, dem Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF), der Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) und anerkannten Einrichtungen der Freiwilligen Selbstkontrolle die Möglichkeit ein, zeitliche Einschränkungen vorzunehmen für Bereiche, in denen das JuSchG nicht angewendet wird.

Der dritte Abschnitt regelt die Vorschriften für Telemedien. In § 11 JMStV geht es um Jugendschutzprogramme. In Abs. 1 heißt es, dass die Anforderungen aus § 5 Abs. 3 Nr. 1 JMStV erfüllt werden können, indem der Anbieter seine Angebote, welche potenziell entwicklungs- und erziehungsbeeinträchtigend für Kinder und Jugendliche sind, für ein Jugendschutzprogramm programmiert, das als geeignet anerkannt wird; oder er kann das Programm den Inhalten vorschalten. Es gibt zwei Möglichkeiten, wie das Programm eingesetzt werden kann. Es ist sowohl möglich, dass der Anbieter das Programm einsetzt, als auch, dass dies durch den Nutzer (Eltern oder Erziehungsberechtigte) geschieht.¹⁰⁵ Möchte ein Anbieter ein Jugendschutzprogramm einsetzen, muss er es vorher der zuständigen Landesmedienanstalt vorlegen, welche durch die KJM dann die Entscheidung trifft. Das Programm wird dann anerkannt, sofern es einen Zugang nach verschiedenen Altersstufen ermöglicht oder eine vergleichbare Eignung aufweist. Die im Gesetzestext benutzten Begriffe („ermöglichen“ und „vergleichbar geeignet“)

¹⁰⁴ Nikles et al., 2005: S. 349, Rn. 3.

¹⁰⁵ Vgl. Nikles et al., 2005: S. 361, Rn. 2.

geben der KJM allerdings einen Beurteilungsspielraum.¹⁰⁶ Die genannten Altersstufen beziehen sich auf die in § 14 Abs. 2 JuSchG genannten.¹⁰⁷

Abs. 5 besagt, dass Großanbieter (oder gewerbsmäßige) von Telemedien auch unbedenkliche Angebote für ein solches Jugendschutzprogramm programmieren sollen. Dies wird allerdings dahingehend eingeschränkt, dass es zumutbar sein und die Möglichkeit bestehen muss, dies zu nicht unverhältnismäßigen Kosten zu schaffen. Der Grund dafür ist, dass eine solche positive Kennzeichnung „es Eltern und Erziehern erleichtern [würde], Kinder und Jugendliche an für sie geeignete Angebote heranzuführen“¹⁰⁸. Allerdings entsteht dadurch keine rechtliche Verpflichtung zu einer solchen Kennzeichnung.¹⁰⁹

§ 12 JMStV (Kennzeichnungspflicht) sieht vor, dass Anbieter von Telemedien, deren Inhalte mindestens im Wesentlichen inhaltsgleich mit Trägermedien sind, die eine Kennzeichnung nach § 12 JuSchG aufweisen, in ihrem Angebot einen deutlichen Hinweis auf diese Kennzeichnung geben müssen. Mit einem deutlichen Hinweis ist eine sofort zu erkennende Kennzeichnung gemeint, welche idealerweise denen von § 12 Abs. 2 Nr. 1 JuSchG entspricht.¹¹⁰

Im vierten Abschnitt (Verfahren für Anbieter mit Ausnahme des öffentlich-rechtlichen Rundfunks) werden besonders die Zuständigkeitsbereiche der KJM und der Einrichtungen der Freiwilligen Selbstkontrolle genannt. Diese beiden Einrichtungen werden im folgenden Kapitel (3.4) näher beschrieben.

3.4 Kontrollorgane

Im folgenden Abschnitt geht es um Kontrollorgane des Jugendmedienschutzes. Hierzu werden die Aufgaben und die Struktur der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien, der Kommission für Jugendmedienschutz sowie von Einrichtungen der freiwilligen Selbstkontrolle aufgezeigt.

¹⁰⁶ Vgl. Nikles et al., 2005: S. 362, Rn. 4.

¹⁰⁷ Vgl. Nikles et al., 2005: S. 362, Rn. 5.

¹⁰⁸ KJM. Amtliche Begründung zum Jugendmedienschutz-Staatsvertrag, S. 24.

¹⁰⁹ Vgl. Ukrow, 2004: S. 255, Rn. 506.

¹¹⁰ Vgl. KJM. Amtliche Begründung zum Jugendmedienschutz-Staatsvertrag, S. 24.

3.4.1 Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien

Die Zuständigkeit der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien wird in Abschnitt 4 des Jugendschutzgesetzes geregelt.

Laut § 17 JuSchG wird diese vom Bund errichtet. Zugeordnet ist sie dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.¹¹¹ Die BPjM entscheidet über die Aufnahme in und die Streichung aus der Liste jugendgefährdender Medien. Die Aufnahme in der Liste wird auch Indizierung genannt.¹¹²

Gemäß § 18 JuSchG werden diejenigen Träger- und Telemedien in die Liste aufgenommen, welche die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen oder ihre Erziehung gefährden. Dies sei besonders gegeben, wenn sie unsittlich oder verrohend wirken oder zu Gewalttätigkeit, Verbrechen oder Rassenhass anreizen. Zu unsittlichen Medien zählen besonders „desorientierende sexualbezogene Inhalte“¹¹³, während unter „verrohend“ insbesondere Inhalte verstanden werden, die Sadismus und Gewalt fördern, was der Falls ist, wenn diese detailliert beschrieben werden; „zu Gewalt und Verbrechen anreizend“ ist ähnlich zu verstehen wie die Verrohung, außer dass es dabei einzig auf mögliche Folgehandlungen der Kinder und Jugendlichen ankommt und nicht auf deren charakterliche Entwicklung.¹¹⁴

Bei der Begründung von Indizierungen nutzt die BPjM mittlerweile den Begriff „sozial-ethische Desorientierung“.¹¹⁵ Da für die Bestimmung der Jugendgefährdung aber jeder Fall und dessen Begleitumstände untersucht werden müssen, gibt es keinen abzuarbeitenden Katalog jugendgefährdender Umstände.¹¹⁶

Die Liste jugendgefährdender Medien wird in vier Teilen geführt (A, B, C und D). Während Trägermedien jeder diese Kategorien zugeordnet werden können, dürfen Telemedien nur in den Kategorien C und D auftauchen.

In Kategorie A (Öffentliche Liste der Trägermedien) gehören alle Trägermedien, die in keinen der anderen Teile der Liste passen. Teil B der Liste ist ebenfalls eine öffentliche

¹¹¹ Vgl. Nikles et al., 2005: S. 79, Rn. 89.

¹¹² Vgl. Nikles et al., 2005: S. 257, Rn. 2.

¹¹³ Nikles et al., 2005: S. 260, Rn. 5.

¹¹⁴ Vgl. Nikles et al., 2005: S. 260 f, Rn. 5.

¹¹⁵ Vgl. Nikles et al., 2005: S. 260, Rn. 4.

¹¹⁶ Vgl. Nikles et al., 2005: S. 261, Rn. 6.

Liste der Trägermedien, allerdings mit absolutem Verbreitungsverbot. Dieses ist gegeben, wenn die Medien §§ 86, 130, 130a, 131, 184a oder 184b StGB genügen.

Die Teile C und D sind nichtöffentliche Listen. Deren Sinn ist, dass die Öffentlichkeit, besonders Kinder und Jugendliche, nichts von den Medien, die auf den Listen stehen, erfährt.¹¹⁷ Ist dies bei einem Trägermedium der Fall und würde es sonst in Teil A der Liste stehen, ist es Kategorie C zuzuordnen. Bei Telemedien ist es so, dass alle, die nicht in Teil D gehören, in Teil C geführt werden. Trägermedien sind in Kategorie D zu führen, wenn sie die Vorgaben für einen Eintrag in Teil B erfüllen, dies aber nicht bekannt gemacht werden soll. Telemedien werden Teil D zugeordnet, wenn einer der oben genannten Paragraphen des StGB bei dem Medium zutrifft.

Laut § 24 Abs. 3 Satz 2 JuSchG gibt es zwei Bedingungen, die dazu führen, dass die Indizierung nicht veröffentlicht wird. Dies ist entweder der Fall, wenn ein Trägermedium nur durch Telemedien verbreitet wird oder wenn die Wahrung des Jugendschutzes gefährdet würde.

Die Führung dieser Liste obliegt nach § 24 Abs. 1 JuSchG dem Vorsitzenden der BPjM. Abs. 2 besagt, dass Indizierungen und deren Aufhebungen unverzüglich auszuführen sind.

Die personelle Besetzung der BPjM sieht nach § 19 JuSchG so aus: es gibt einen Vorsitzenden, der vom BMFSFJ ernannt wird, dazu stellt jede Landesregierung einen Beisitzer und das BMFSFJ acht weitere. Dazu gibt es für jeden der Beisitzer einen Stellvertreter. Die vom BMFSFJ ernannten Beisitzer müssen aus acht verschiedenen Kreisen kommen (Kunst, Literatur, Buchhandel und Verlegerschaft, Anbieter von Bildträgern und Telemedien, Träger der freien Jugendhilfe, Träger der öffentlichen Jugendhilfe, der Lehrerschaft und der Körperschaften des öffentlichen Rechts). Die vorschlagsberechtigten Verbände zu jedem der genannten Kreise werden in § 20 JuSchG aufgeführt.

Laut § 19 Abs. 4 sind die Mitglieder der BPjM nicht an Weisungen gebunden. Dies gilt allerdings nur für das Entscheidungsverfahren.¹¹⁸ 12 Mitglieder entscheiden über eine Indizierung. Diese sind nach § 19 Abs. 5 JuSchG der Vorsitzende, drei Beisitzer der Länder und je einer aus den oben genannten Kreisen. Abs. 6 besagt, dass es für eine Indizierung eine Zweidrittelmehrheit braucht.

¹¹⁷ Vgl. Nikles et al., 2005: S. 263, Rn. 11.

¹¹⁸ Vgl. Nikles et al., 2005: S. 271, Rn. 8.

§ 21 JuSchG regelt das Verfahren. Demnach wird die BPjM nur auf Antrag von antragsberechtigten Jugendbehörden tätig. Von Amts wegen wird sie nur auf Anregung einer anderen Behörde oder einem anerkannten Träger der freien Jugendhilfe tätig; außerdem muss der Vorsitzende dem zustimmen.

Vor der Indizierung eines Telemediums muss die BPjM der KJM (siehe 3.4.2) die Möglichkeit der Stellungnahme geben (5 Werktage). Außerdem muss dem Urheber/Inhaber/Anbieter ebenfalls diese Gelegenheit eingeräumt werden. Mit der KJM soll die BPjM nach § 21 Abs. 9 JuSchG zusammenarbeiten und sich regelmäßig austauschen.

Die Indizierung von periodisch erscheinenden Träger- und Telemedien wird in § 22 JuSchG geregelt. Hier heißt es, dass solche Medien, wenn innerhalb eines Jahres mindestens drei Folgen indiziert wurden, im Voraus für drei bis zwölf Monate indiziert werden. Davon ausgeschlossen sind Tageszeitungen und politische Zeitschriften.

Gemäß § 23 Abs. 1 JuSchG kann die BPjM auch ein vereinfachtes Verfahren durchführen, bei welchem ein Gremium aus drei Leuten gebildet wird. Kommen sie zu einem einstimmigen Ergebnis, hat dieses Bestand. Gibt es lediglich eine einfache Mehrheit, entscheidet die BPjM in voller Besetzung. § 23 Abs. 5 JuSchG besagt, dass ein Träger- oder Telemedium in einem solchen vereinfachten Verfahren auch kurzfristig indiziert werden kann, wenn von einer kurzfristig schnellen Verbreitung und einer endgültigen Indizierung ausgegangen werden kann.

3.4.2 Kommission für Jugendmedienschutz

Die Zuständigkeit der Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) ist in den Abschnitten 4 und 5 des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages geregelt. Sie hat die Aufsicht über den privaten Rundfunk sowie über Telemedien.¹¹⁹

Gemäß § 14 JMStV ist sie ein Organ der Landesmedienanstalten, welche für die Überprüfung der Einhaltung der für Anbieter geltenden Bestimmungen nach dem JMStV zuständig sind. Diese Aufgabe wird durch die KJM erfüllt. Nach Abs. 2 kann sich die KJM auf Antrag einer Landesmedienanstalt auch mit nichtländerübergreifenden Angeboten befassen. Die KJM besteht aus zwölf Personen. Die Hälfte davon kommen aus dem Kreis der Direktoren der Landesmedienanstalten, vier von den für Jugendschutz

¹¹⁹ Vgl. KJM. Auftrag.

zuständigen obersten Landesbehörden und zwei vom BMFSFJ. Dazu gibt es je einen Stellvertreter. Jeweils müssen mindestens vier Personen (normale Mitglieder und Stellvertreter) zum Richteramt befähigt sein. In Abs. 4 werden „bestimmte Mitglieder und Bedienstete staatlicher Einrichtungen von der Mitgliedschaft in der KJM ausgeschlossen“¹²⁰. Dies soll die KJM unabhängig machen.¹²¹ Dazu passt auch Abs. 6, welcher besagt, dass die Mitglieder bei der Aufgabenerfüllung nicht an Weisungen gebunden sind. Somit hat sie diesbezüglich ähnliche Freiheiten wie die BPjM (siehe § 19 Abs. 4 JuSchG).

In § 16 JMStV wird die Zuständigkeit der KJM näher beschrieben. Ihr obliegt die abschließende Beurteilung von Angeboten nach dem JMStV. Dies sind insbesondere die Überwachung der Bestimmungen des JMStV, die Anerkennung und deren Rücknahme von Einrichtungen der freiwilligen Selbstkontrolle und die Festlegung von Sendezeiten (§ 8 JMStV) und Ausnahmen (§ 9 JMStV). Außerdem prüft und genehmigt sie Verschlüsselungs- und Vorsperrungstechnik, erkennt Jugendschutzprogramme an (kann diese auch zurücknehmen), muss Stellung zu Anträgen der BPjM nehmen und auch selber Anträge dort stellen und entscheidet über Ordnungswidrigkeiten nach dem JMStV.

Gemäß § 17 Abs. 1 JMStV wird die KJM von Amts wegen tätig, was einen Unterschied zur BPjM darstellt, die ihre Tätigkeit zumeist auf Antrag ausübt. Sie wird deshalb von Amts wegen tätig, „weil sie in ein regelmäßiges Aufsichtsverhältnis eingebunden ist“¹²². Allerdings gibt es auch von dieser Regel Ausnahmen. So hat sie auch ein Prüfverfahren einzuleiten, wenn eine Landesmedienanstalt oder oberste Landesjugendbehörde dies beantragt. Für Beschlüsse, welche für die jeweilige Landesmedienanstalt bindend sind, reicht im Gegensatz zur BPjM eine einfache Mehrheit (bei Stimmgleichheit entscheidet der Vorsitzende). Die Bindung der Beschlüsse erfolgt, um „den mit der Errichtung der KJM erwünschten Erfolg standortunabhängiger Entscheidungsfindung verfahrensmäßig abzusichern“¹²³.

§ 17 Abs. 2 JMStV stellt das Äquivalent zu § 21 Abs. 9 JuSchG dar und fordert die KJM zur Zusammenarbeit und zum Informationsaustausch mit der BPjM auf. Gemäß § 17 Abs. 3 JMStV muss die KJM den Gremien der Landesmedienanstalten, den zuständigen Landesjugendbehörden und dem BMFSFJ alle zwei Jahre Bericht erstatten.

¹²⁰ Nikles et al., 2005: S. 369, Rn. 5.

¹²¹ Vgl. Nikles et al., 2005: S. 369, Rn. 5.

¹²² Nikles et al., 2005: S. 375, Rn. 1.

¹²³ KJM. Amtliche Begründung zum Jugendmedienschutz-Staatsvertrag, S. 32.

Bestimmte Inhalte des Berichts werden allerdings nicht genannt, was zur Unabhängigkeit der KJM beiträgt.¹²⁴

Laut § 19 Abs. 4 JMStV trifft die KJM die Entscheidung, ob eine Einrichtung als Einrichtung der freiwilligen Selbstkontrolle (mehr dazu unter Punkt 3.4.3) anerkannt wird.

In § 20 JMStV wird die Aufsicht geregelt. Verstößt ein Anbieter gegen Bestimmungen des JMStV, legt die KJM Maßnahmen fest, welche von der jeweiligen Landesmedienanstalt ausgeführt werden.¹²⁵ Dies gilt nach § 20 Abs. 2 und 4 JMStV sowohl für Rundfunkanbieter als auch für Anbieter von Telemedien. In Abs. 3 wird allerdings geregelt, dass, wenn die KJM der Meinung ist, dass ein Rundfunkveranstalter gegen den JMStV verstoßen hat, und der Veranstalter belegen kann, dass er seine Sendung vorher einer Einrichtung der freiwilligen Selbstkontrolle vorgelegt hat, die KJM nur Maßnahmen einleiten kann, wenn die Einrichtung der freiwilligen Selbstkontrolle die rechtlichen Grenzen ihres Beurteilungsspielraumes überschritten hat. Gemäß Abs. 5 kann sie sich, wenn der Anbieter sich den Statuten einer Einrichtung der freiwilligen Selbstkontrolle unterwirft, generell nur dann mit Verstößen befassen, wenn die Einrichtung ihren Beurteilungsspielraum überschritten hat.

§ 21 JMStV befasst sich mit Auskunftsansprüchen der KJM. Dieser besagt, dass Anbieter von Telemedien der KJM Auskunft über ihre Angebote und die zur Wahrung des Jugendschutzes getroffenen Maßnahmen geben müssen.

3.4.3 Einrichtungen der freiwilligen Selbstkontrolle

Die Regelungen für Einrichtungen der freiwilligen Selbstkontrolle werden in § 19 JMStV vorgeschrieben. Gemäß Abs. 1 können diese für Rundfunk und Telemedien gebildet werden. Allerdings bleibt der öffentlich-rechtliche Rundfunk davon unberührt, es geht nur um private Rundfunkanbieter.

In Abs. 2 heißt es, dass solche Einrichtungen die ihnen angeschlossenen Anbieter dahingehend überprüfen, dass diese die Bestimmungen des JMStV und die dazu erlassenen Satzungen und Richtlinien einhalten. Bei rechtlichen Auslegungsfragen muss allerdings die KJM Richtlinien oder Vorgaben zur Auslegung des JMStV machen.¹²⁶

¹²⁴ Vgl. Ukrow, 2004: S. 311, Rn. 632.

¹²⁵ Vgl. Nikles et al., 2005: S. 386, Rn. 3.

¹²⁶ Vgl. Nikles et al., 2005: S. 381, Rn. 3.

In § 19 Abs. 3 werden die Voraussetzungen genannt, die notwendig sind, um als Einrichtung der freiwilligen Selbstkontrolle anerkannt zu werden. Zum einen müssen die benannten Prüfer unabhängig und sachkundig sein. Unter diesen Prüfern müssen auch Vertreter aus Gruppen vertreten sein, die sich besonders mit dem Jugendschutz befassen. Dazu bieten sich die in § 19 Abs. 2 JuSchG genannten Kreise an, - in diesem Paragraphen geht es um die personelle Besetzung der BPjM; die Vorgaben für Sachverstand sollten sich hier schließlich nicht unterscheiden.¹²⁷

Außerdem muss gemäß § 19 Abs. 3 Nr. 2 JMStV durch eine Vielzahl von Anbietern eine sachgerechte Ausstattung sichergestellt sein. Sachgerecht bedeutet in diesem Fall „in personeller und finanzieller Hinsicht“¹²⁸.

Weitere Voraussetzungen sind, dass die Prüfer in der Spruchpraxis wirksame Vorgaben für ihre Entscheidungen haben. Darüber hinaus muss es eine Verfahrensordnung geben, durch die der Umfang der Überprüfung und mögliche Sanktionen geregelt werden. Außerdem muss es möglich sein, Entscheidungen auf Antrag von landesrechtlich bestimmten Trägern der Jugendhilfe zu überprüfen. Des Weiteren muss eine Einrichtung der freiwilligen Selbstkontrolle betroffene Anbieter vor einer Entscheidung anhören. Als letzter Punkt wird das Vorhandensein einer Beschwerdestelle genannt. Sind diese Punkte erfüllt, trifft die KJM gemäß § 19 Abs. 4 JMStV ihre Entscheidung. Die Einrichtung hat bei der Erfüllung der genannten Kriterien einen rechtlichen Anspruch darauf, von der KJM anerkannt zu werden.¹²⁹

In Abs. 6 werden die verschiedenen anerkannten Einrichtungen dazu aufgefordert, sich untereinander abzustimmen. Dies stellt ein Äquivalent zu § 21 Abs. 9 JuSchG und § 17 Abs. 2 JMStV dar, welche die BPjM und die KJM zur Zusammenarbeit aufrufen.¹³⁰

In der amtlichen Begründung zu § 19 JMStV heißt es, dass durch diese Regelung „die verfahrensrechtlichen Voraussetzungen für eine effektive Selbstkontrolle in rechtsaufsichtlichen Prüfverfahren für Rundfunk und Telemedien geschaffen werden [sollen]“¹³¹. Außerdem soll demnach ein Beitrag zur Jugendmedienschutzbeurteilung und zum

¹²⁷ Vgl. Ukrow, 2004: S. 331, Rn. 674.

¹²⁸ KJM. Amtliche Begründung zum Jugendmedienschutz-Staatsvertrag, S. 34.

¹²⁹ Vgl. Ukrow, 2004: S. 332, Rn. 680.

¹³⁰ Vgl. Nikles et al., 2005: S. 384, Rn. 9.

¹³¹ KJM. Amtliche Begründung zum Jugendmedienschutz-Staatsvertrag, S. 33.

Schutz der Menschenwürde erfolgen; ein weiterer Punkt ist, dass die KJM entlastet werden soll.¹³²

Anerkannte Einrichtungen der freiwilligen Selbstkontrolle

Bereits anerkannte Einrichtungen gibt es sowohl im Bereich der Trägermedien als auch im Bereich Rundfunk und Telemedien.

Im Bereich der Trägermedien, welche dem JuSchG unterliegen, sind dies die Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK), welche die Alterskennzeichnung von Kinofilmen, DVDs und Blu-rays regelt, und die Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK), die Computerspiele kennzeichnet.¹³³

Für den Rundfunk ist seit dem 1. August 2003 die Freiwillige Selbstkontrolle Fernsehen e.V. (FSF) anerkannt, in der fast alle privaten Fernsehanbieter Deutschlands Mitglied sind.¹³⁴

Im Bereich Telemedien wurde am 23. November 2004 die Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter e.V. (FSM) anerkannt.¹³⁵ Diese zeichnet für den Jugendmedienschutz im Bereich der Onlinemedien verantwortlich.¹³⁶

Außerdem gibt es seit dem 15. September 2011 die Online Versionen von FSK und USK, namentlich FSK.online und USK.online.¹³⁷

¹³² Vgl. KJM. Amtliche Begründung zum Jugendmedienschutz-Staatsvertrag, S. 33.

¹³³ Vgl. KJM. Selbstkontrolle (Telemedien).

¹³⁴ Vgl. KJM. Selbstkontrolle (Rundfunk).

¹³⁵ Vgl. KJM. Selbstkontrolle (Telemedien).

¹³⁶ Vgl. FSM.

¹³⁷ Vgl. KJM. Selbstkontrolle (Telemedien).

4 Konflikte zwischen Medienfreiheiten und Jugendmedienschutz

Nachdem sich die beiden vorherigen Abschnitte den Medienfreiheiten und dem Jugendmedienschutz gewidmet haben, soll in diesem Abschnitt der Konflikt zwischen diesen beiden Bereichen behandelt werden.

Zunächst werde ich mich generellen Problemen widmen, um anschließend anhand von Beispielen Grenzen und mögliche Probleme aufzuzeigen. Hierzu werde ich Lieder bzw. Liedtexte des Rappers Bushido benutzen.

4.1 Generelle Konflikte

In Art. 5 Abs. 1 GG wird die Freiheit von Meinung, Information und Presse sowie der Berichterstattung garantiert und festgelegt, dass es keine Zensur gibt. Gemäß Art. 5 Abs. 2 GG gibt es für diese Freiheiten Schranken, und zwar durch Jugendschutzbestimmungen und Gesetze, die die persönliche Ehrverletzung untersagen. Laut Art. 5 Abs. 3 GG werden auch die Kunst, Wissenschaft, Lehre und Forschung geschützt. Problematisch ist, dass laut Grundgesetz für diese Bereiche keine Schranken festgelegt werden.

Im Bereich der Trägermedien ist gemäß JuSchG die BPjM für den Schutz der Jugend zuständig. Diese kommt dabei besonders in Berührung mit den Feldern Meinungsfreiheit und Kunstfreiheit. Durch die in Art. 5 Abs. 2 GG genannten Schranken im Bereich Meinungsfreiheit ist an dieser Stelle eine Regel vorgegeben. Hier besteht dann das Problem zu entscheiden, was jugendgefährdend ist und was nicht.

Das Zensurverbot aus Art. 5 Abs. 1 Satz 3 GG steht den Aufgaben der BPjM an dieser Stelle nicht entgegen. Das Bundesverfassungsgericht interpretiert diesen Satz so, dass dieser nur die Vorzensur verbietet. Das bedeutet, dass keine staatliche Einflussnahme erfolgen darf, bevor ein Werk hergestellt oder verbreitet wurde. Erst nach Veröffentlichung eines solchen ist es zulässig, ein Werk zu indizieren. Außerdem ist zu beachten, dass eine Indizierung nicht mit einem generellen Verbreitungsverbot gleichzusetzen ist,

sondern nur deren Herausgabe und das Zugänglichmachen an Minderjährige verboten sowie die öffentliche Werbung untersagt wird.¹³⁸

Schwierig ist es im Bereich der Kunstfreiheit, da das Grundgesetz hier keine Schranken vorsieht. Dennoch ist es auch hier die Aufgabe der BPjM, Kunst dahingehend zu überprüfen, ob sie eine schädigende Wirkung auf Kinder und Jugendliche hat. Auch hier sieht es die Behörde so, dass die Kunstfreiheit lediglich bedeutet, dass der Schaffungsprozess der Kunst nicht beeinflusst werden darf, danach allerdings ein Eingriff gegebenenfalls vertretbar sein kann. Sie hat demnach die Aufgabe, eine gerechte Abwägung zwischen den Vorschriften der Kunstfreiheit und des Jugendmedienschutzes vorzunehmen.¹³⁹ Gleichzeitig heißt es aber in § 18 Abs. 3 Satz 2 JuSchG, dass ein Medium nicht indiziert werden darf, wenn es unter anderem der Kunst dient. Dies bedeutet aber, dass es eine Abwägung der verschiedenen Interessen geben soll und im Einzelfall entschieden werden muss.¹⁴⁰

Dieser Mangel an klaren Richtlinien und Entscheidungen von Fall zu Fall führt zwangweise dazu, dass dieses Verfahren undurchsichtig erscheint und der Eindruck entstehen kann, dass ein klares Vorgehensschema bei der Entscheidungsfindung nicht vorhanden ist.

Somit ist festzuhalten, dass es schwierig ist, eine Abwägung zwischen verschiedenen Grundrechten vorzunehmen, da nicht festgelegt ist, welches Recht dem anderen überzuordnen ist. Es ist Auslegungssache zu sagen, ab welchem Moment ein Medium jugendgefährdend ist und wann nicht oder ab wann genau es sich um eine Ehrverletzung handelt.

4.2 Beispiele anhand von Songs des Rappers Bushido

Nachdem nun auf generelle Konflikte hingewiesen wurde, die bei der Abwägung zwischen Medienfreiheit und Jugendmedienschutz entstehen können, sollen an dieser Stelle einige Beispiele genannt werden. Dabei wird es sich um Lieder des Berliner Rappers Bushido handeln. Um seine Musik richtig einordnen zu können, werde ich

¹³⁸ Vgl. BPjM. BPjM Thema. Hip-Hop-Musik, 2008: S. 13.

¹³⁹ Vgl. BPjM. BPjM Thema. Hip-Hop-Musik, 2008: S. 13.

¹⁴⁰ Vgl. Nikles et al., 2005: S. 264, Rn. 12.

zunächst einen Einblick in seine Biographie geben und anschließend einige Lieder von ihm untersuchen.

4.2.1 Bushidos Werdegang

Bushido wurde am 28. September 1978 als Anis Mohammed Yussuf Ferchichi in Bonn geboren. Er hat keine Geschwister und ist der Sohn einer Deutschen und eines Tunesiers. Er wuchs bei seiner Mutter in Berlin auf und verließ bereits in der 11. Klasse das Gymnasium, was das Ende seiner Schullaufbahn bedeutete. Er hatte damals bereits Probleme mit der Justiz aufgrund von Drogenbesitz. Nach dem Ende seiner Schullaufbahn absolvierte er eine Ausbildung zum Lackierer.¹⁴¹

Als in den 1990er Jahren der „Gangsta Rap“ aus den USA auch in Deutschland immer weitere Verbreitung fand, war auch er begeistert. Im Jahr 2001 veröffentlichte er zum ersten Mal seine eigene Musik mit dem Demotape „King of Kingz“; ein Jahr später brachte er zusammen mit dem ebenfalls aus Berlin stammenden Rapper Fler das Album „Carlo Cokxxx Nutten“ auf den Markt. Wiederum ein Jahr später veröffentlichte Bushido sein erstes richtiges Soloalbum, diesmal beim Berliner Label „Aggro Berlin“. Dieses Album („Vom Bordstein bis zur Skyline“) wurde 2005 von der BPjM indiziert. 2004 gründete Bushido dann sein eigenes Label „ersguterjunge“.¹⁴² Das im selben Jahr erschienene Album „Electro Ghetto“ wurde später ebenfalls indiziert und später, ohne den beanstandeten Song „Gangbang“, neu veröffentlicht.¹⁴³

Seitdem brachte Bushido noch viele weitere Tonträger auf den Markt, teilweise Solo-Alben, aber auch in Kooperation mit anderen Künstlern wie dem Rapper Sido, mit dem Bushido schon zu Zeiten von „Aggro Berlin“ zusammen gewirkt hatte. Unter diesen Veröffentlichungen befinden sich auch sogenannte „Label-Sampler“. Diese Sampler sind eine Kooperation der Künstler, welche bei einem Label unter Vertrag stehen. Der erste Teil dieser Sampler, „Nemesis – ersguterjunge Vol. 1“, wurde ebenfalls von der BPjM indiziert.¹⁴⁴

¹⁴¹ Vgl. Was war wann?.

¹⁴² Vgl. Was war wann?.

¹⁴³ Vgl. Focus, 2013.

¹⁴⁴ Vgl. Focus, 2013.

Im Jahr 2008 erschien seine Autobiographie unter dem Titel „Bushido“, welche 2009 als „Zeiten ändern dich“ verfilmt wurde und ab Anfang 2010 in den Kinos zu sehen war.¹⁴⁵

Im Jahr 2011 wurde Bushido der Integrationsbambi verliehen. Allerdings sorgte dies aufgrund seiner Vergangenheit und der Inhalte seiner Lieder für viele Diskussionen.¹⁴⁶

Im April 2013 gab es wieder öffentliche Diskussionen um Bushido als bekannt wurde, dass er schon längere Zeit Verbindungen zum „Abou-Chaker-Clan“ unterhält, deren Geschäftspraktiken an die der Mafia erinnern (unter anderem Schutzgeld und Drogen).¹⁴⁷

Im selben Jahr steuerte Bushido einen Gastbeitrag zum Lied „Stress ohne Grund“ des Künstlers Shindy bei, in welchem Bushido verschiedene Leute, unter anderem Politiker, verbal hart angreift (siehe 4.2.3).¹⁴⁸

4.2.2 Bushidos Album „Vom Bordstein bis zur Skyline“

Das Album „Vom Bordstein bis zur Skyline“, welches aus dem Jahr 2003 stammt, wurde mit der Entscheidung der BPjM am 1. September 2005 aufgrund der Songs „Eine Kugel reicht“, „Tempelhof Rock“, „Dreckstück“ und „Pussy“ indiziert.¹⁴⁹

Der Antrag auf Indizierung wurde vom Jugendamt Trier-Saarburg gestellt, da die Texte „sadistische Vorgehensweisen als luststeigernd und Vergewaltigung als Lusterlebnis“¹⁵⁰ charakterisieren würden. Die Texte seien des Weiteren gewaltverherrlichend, die Menschenwürde werde verletzt, Homosexuelle diskriminiert und Sexualität werde in einer Art und Weise dargestellt, die mit einer herkömmlichen Sexualerziehung nicht vereinbar sei.¹⁵¹

Den Tracks „Eine Kugel reicht“ und „Dreckstück“ ist eine Geschichte zu entnehmen, während „Tempelhof Rock“ und „Pussy“ sogenannte „Battle-Rap-Tracks“ sind, die keine inhaltliche Geschichte im eigentlichen Sinne haben, sondern mit denen lediglich ein

¹⁴⁵ Vgl. Laut.de.

¹⁴⁶ Vgl. Buß, 2011.

¹⁴⁷ Vgl. Winkler, 2013.

¹⁴⁸ Vgl. Was war wann?, 2014.

¹⁴⁹ Vgl. BPjM.com, 2005.

¹⁵⁰ BPjM.com, 2005.

¹⁵¹ Vgl. BPjM.com, 2005.

„Gegner“ verbal besiegt werden soll, was insbesondere anhand harter und herabwürdigender Vergleiche geschieht. In „Eine Kugel reicht“ erzählt Bushido, wie er zu einem Drogendealer geht, aber plant, für seine Drogen nicht zu bezahlen, sondern den Dealer zu erschießen und seine Ware und sein Geld zu stehlen. Das Lied „Dreckstück“ erzählt die Geschichte von einem eifersüchtigen Mann, der einen Streit mit seiner Freundin hatte und daraufhin von seinem Freund (in diesem Track dargestellt vom Rapper Fler) den Rat bekommt, sich mit der Freundin wieder zu versöhnen. Als die beiden allerdings bei der Wohnung der Freundin ankommen, sehen sie, dass diese Besuch von einem anderen Mann hat, woraufhin die beiden gegenüber der Frau und dem anderen Mann Gewalt anwenden, was sehr detailliert beschrieben wird. Am Ende töten die beiden Freunde die Frau und den anderen Mann.

Bei der Entscheidungsfindung hatte das Gremium der BPjM, welche aus zwölf Leuten bestand, die Besonderheiten der Hip Hop-Kultur bzw. des Battle-Rap zu berücksichtigen, der seine Ursprünge in den US-amerikanischen Ghettos hat und daher von Natur aus rauere Ausdrucks- und Umgangsformen an den Tag legt.¹⁵²

Die Partei des Künstlers führte an, dass potentielle Rezipienten der Lieder deren Inhalte einzuordnen wüssten, da sie mit den Besonderheiten des Battle-Rap vertraut wären. Dies gelte für alle auf dem Album enthaltenen Lieder. So sei der Track „Eine Kugel reicht“ klar als ein solcher Track erkennbar. Das Lied „Dreckstück“ beschreibe einen Einzelfall und sei nicht zu pauschalisieren, womit er keinesfalls einen Aufruf zur Gewalt darstelle.¹⁵³

Das Gremium der BPjM kam allerdings zu dem Ergebnis, dass die Inhalte geeignet seien, „Kinder und Jugendliche sozialetisch zu desorientieren“¹⁵⁴. Teile der Lieder „Dreckstück“ und „Pussy“ seien frauendiskriminierend und degradierten diese zu reinen Sexualobjekten.¹⁵⁵ Darüber hinaus sei die „Verknüpfung von Sexualität und Gewalt (...) in hohem Maße jugendgefährdend“¹⁵⁶.

Das Lied „Dreckstück“ war besonders aufgrund der Textzeilen „Nur weil du eine Frau bist und man dir in den Bauch fickt, heißt das nicht, dass ich dich nicht schlage bis du blau bist“ jugendgefährdend. Es verletze die Würde von Frauen und sei menschenverachtend. Die Partei des Künstlers wandte ein, dass dort Klischees kritisch beleuchtet

¹⁵² Vgl. BPjM.com, 2005.

¹⁵³ Vgl. BPjM.com, 2005.

¹⁵⁴ BPjM.com, 2005.

¹⁵⁵ Vgl. BPjM.com, 2005.

¹⁵⁶ BPjM.com, 2005.

werden sollten, die den Künstlern entgegengebracht wurden, allerdings konnte das Gremium keine Kritik an dem vorgebrachten Verhalten feststellen.¹⁵⁷

Der Track „Eine Kugel reicht“ wurde indiziert, weil der Text einen Aufruf zur Gewalt darstelle (z.B. „Er denkt ich will ihn verarschen und lächelt schwul vor sich hin, ich zieh die Knarre und schlag auf ihn ein so drauf wie ich bin“).

Auch in diesem Fall hatte die BPjM die Aufgabe, eine Abwägung zwischen den Grundrechten der Kunstfreiheit und des Jugendschutzes vorzunehmen. Außerdem musste das Werk vor seinem kulturellen Hintergrund betrachtet werden und die Motive des Künstlers in die Entscheidungsfindung mit einfließen.

Anscheinend war das Urteil auch nicht einstimmig. Dem Indizierungsbericht ist zu entnehmen, dass besonders die Beisitzer von der Notwendigkeit einer Indizierung überzeugt waren, der Vorsitzende allerdings immer wieder Argumente gegen eine Listenaufnahme vorgebracht hat.¹⁵⁸ Daran ist erkennbar, dass es unterschiedliche Ansichten über die Gewichtung geben kann und eine einheitliche Bewertung schwierig erscheint.

4.2.3 Der Song „Stress ohne Grund“

„Stress ohne Grund“ ist eine Ko-Produktion der Künstler Shindy und Bushido. Das Lied erschien auf Shindys Album „NWA“ am 12. Juli 2013. Bereits drei Tage später lag vom BMFSFJ ein Antrag auf Indizierung des Albums vor, da der Track „Stress ohne Grund“ verrohend sei und zu Gewalttätigkeit aufrufe. Dem Antrag wurde nur einen Tag später im vereinfachten Verfahren per vorläufige Indizierung entsprochen.¹⁵⁹

Die Gründe des BMFSFJ waren die scheinbar befürworteten Ermordungen der Bundestagsabgeordneten Claudia Roth („Ich schieß auf Claudia Roth und sie kriegt Löcher wie ein Golfplatz“) und Serkan Tören („...und ich will, dass Serkan Tören jetzt ins Gras beißt“); außerdem erkläre Bushido in seinem Part des Liedes den Rapper Kay One für „vogelfrei“ und er diskriminiere Homosexuelle, namentlich wird Klaus Wowereit, regie-

¹⁵⁷ Vgl. BPjM.com, 2005.

¹⁵⁸ Vgl. BPjM.com, 2005.

¹⁵⁹ Vgl. BPjM. Rap-CD „NWA“ des Interpreten „Shindy“ indiziert, 2013: S. 3.

render Bürgermeister Berlins, genannt („Halt die Fresse, fick die Presse, Kay du Bastard bist jetzt vogelfrei, du wirst in Berlin in deinen Arsch gefickt wie Wowereit“).¹⁶⁰

Das Label Bushidos, „bushido ersguterjunge GmbH“, führte zum einen an, dass die Premium Version des Albums bereits von der FSK ab 16 Jahren freigegeben wurde, wobei sich dies den Unterlagen zufolge lediglich auf die beiliegende DVD bezieht, welche keinen der zur Debatte stehen Tracks beinhaltet. Des Weiteren gab das Label an, dass das Album, ähnlich wie „Vom Bordstein bis zur Skyline“ (siehe 4.2.2), ein Battle-Rap-Album und dies die Ausdrucksform der Künstler sei. Die Aussagen bezogen auf Claudia Roth und Serkan Tören seien lediglich Antworten auf deren öffentlichen Aussagen, Bushido sei ein „Antisemit“ oder „Schwulenhasser“, also kein Aufruf zur Gewalt, sondern eine künstlerische Antwort. Außerdem pflege er das Image des „Bad Boys“, was in dem Track klar erkennbar sei und damit zum Vorschein bringe, dass es sich lediglich um eine gespielte Rolle handele.¹⁶¹

Das Gremium der BPjM, bestehend aus drei Leuten, kam zur der Einschätzung, dass Minderjährige, unter anderem wegen des Songs „Stress ohne Grund“, in welchem konkrete Personen genannt werden (siehe oben) und Gewalt gegen diese als positiv dargestellt werde, sozialethisch desorientiert werden könnten.¹⁶²

Sieht die BPjM eine Jugendgefährdung als gegeben und spricht sich für eine Indizierung aus, reicht es gemäß dem Bundesverfassungsgericht aus, wenn ein Text von einem Großteil der Minderjährigen so verstanden werden kann, wie es auch die BPjM tut.¹⁶³

Laut BPjM spielt auch die öffentliche Berichterstattung über einen Künstler bei der Entscheidungsfindung eine Rolle. Durch das Bild, welches von Bushido in der Öffentlichkeit besteht (seine Nähe zum organisierten Verbrechen, siehe 4.2.1), vermutete das Gremium, dass Jugendliche seine Aussagen in „Stress ohne Grund“ glaubwürdig fänden. Seine öffentlichen Aussagen, die eine solche Interpretation relativieren sollten, wurden zwar ebenfalls berücksichtigt, allerdings hatte bei den Entscheidungsträgern die anscheinende Notwendigkeit dieser Äußerungen zu der Annahme geführt, dass die

¹⁶⁰ Vgl. BPjM. Rap-CD „NWA“ des Interpreten „Shindy“ indiziert, 2013: S. 4.

¹⁶¹ Vgl. BPjM. Rap-CD „NWA“ des Interpreten „Shindy“ indiziert, 2013: S. 4 f.

¹⁶² Vgl. BPjM. Rap-CD „NWA“ des Interpreten „Shindy“ indiziert, 2013: S. 6.

¹⁶³ Vgl. BPjM. Rap-CD „NWA“ des Interpreten „Shindy“ indiziert, 2013: S. 7.

Inhalte sehr wohl ernst genommen werden könnten und somit jugendgefährdend seien.¹⁶⁴

Ein weiterer Grund sei, neben den Gewaltäußerungen, die Diskriminierung Homosexueller („Es ist ganz normal, Männer lutschen keine Schwänze“ und „Was für Vollmacht, du Schwuchtel wirst gefoltert“). Diese Äußerungen seien, unabhängig vom Adressaten, diskriminierend, da die genutzten Worte wie „Schwuchtel“ dazu gebraucht würden, andere herabzusetzen, wodurch Homosexualität und somit Homosexuelle per se negativ dargestellt werden würden.¹⁶⁵

Daher sah das 3er-Gremium die Notwendigkeit gegeben, dass sich ein Gremium in voller Besetzung mit der Frage der Gewichtung von Kunstfreiheit auf der einen und Jugendschutz auf der anderen Seite auseinandersetzen müsse.¹⁶⁶

Die BPjM konstatiert, dass auch der künstlerische Stellenwert Einfluss auf ihre Entscheidung habe, da laut Bundesverfassungsgericht auch die öffentliche Resonanz auf das Werk zu beachten sei. Als Problem gibt das Gremium an, dass Minderjährige ein Kunstwerk häufig nicht komplett erfassen könnten, wodurch der Jugendschutz an solchen Stellen einen besonders hohen Stellenwert habe.¹⁶⁷

Insgesamt kam man zu der Einschätzung, dass der Jugendschutz in diesem Fall überwiegen müsse, weil über das ganze Album hinweg Gewalt und Einschüchterung benutzt werde, die Formulierungen eindeutig, frei von Ironie und un kreativ seien und dieses Verhalten durchweg nicht kritisiert werde. Dies alles gelte auch vor dem Hintergrund der Meinungsfreiheit, welche wie die Kunstfreiheit und der Jugendschutz ebenfalls ein verfassungsrechtliches Grundrecht darstellen; aber auch dieses Recht müsse in diesem Fall hinter der staatlichen Aufgabe des Jugendschutzes zurücktreten.¹⁶⁸

Gemäß dem Indizierungsbericht gab es bezüglich des Liedes „Stress ohne Grund“ sogar die Überlegung, es als schwer jugendgefährdend einzustufen, aufgrund möglicher Volksverhetzung, Anleitung zu schweren Straftaten und Gewaltverherrlichung,

¹⁶⁴ Vgl. BPjM. Rap-CD „NWA“ des Interpreten „Shindy“ indiziert, 2013: S. 8 f.

¹⁶⁵ Vgl. BPjM. Rap-CD „NWA“ des Interpreten „Shindy“ indiziert, 2013: S. 13.

¹⁶⁶ Vgl. BPjM. Rap-CD „NWA“ des Interpreten „Shindy“ indiziert, 2013: S. 14.

¹⁶⁷ Vgl. BPjM. Rap-CD „NWA“ des Interpreten „Shindy“ indiziert, 2013: S. 15.

¹⁶⁸ Vgl. BPjM. Rap-CD „NWA“ des Interpreten „Shindy“ indiziert, 2013: S. 19.

man entschied sich letztendlich allerdings gegen eine solche Beurteilung des Albums.¹⁶⁹

Am 5. September 2013 bestätigte das 12er-Gremium der BPjM die Indizierung des Albums. Die Plattenfirma reichte im Anschluss an die Entscheidung gegen die Listenaufnahme Klage ein und wollte eine Aufschiebung der Indizierung erwirken, am 11. April 2014 erklärte das Verwaltungsgericht Köln die Indizierung allerdings für rechtmäßig.¹⁷⁰

Auch an dieser Stelle sieht man die Probleme bei eigentlich gleichwertigen Grundrechten (Kunstfreiheit und Jugendschutz). Die Frage, welches Recht überwiegt, ist nicht anhand einer einfachen Schablone zu beantworten. Sowohl die Antragssteller der Indizierung als auch der oder die Künstler haben Argumente für ihre Sichtweise und die BPjM schloss sich auch in diesem Fall dem Antrag auf Indizierung und damit der höheren Gewichtung des Jugendschutzes an.

¹⁶⁹ Vgl. BPjM. Rap-CD „NWA“ des Interpreten „Shindy“ indiziert, 2013: S. 20.

¹⁷⁰ Vgl. BPjM. Musik-CD „NWA“ und Video „Stress ohne Grund“ rechtmäßig indiziert, 2014: S. 12.

5 Fazit

Die Frage, ob Medienfreiheiten und Jugendmedienschutz sich widersprechen, muss man differenziert betrachten.

Auf der einen Seite stehen die Grundrechte der Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Kunstfreiheit. Auf der anderen Seite der Jugendschutz, welcher nach aktueller Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ebenfalls in den Bereich der Grundrechte fällt. Kommt es zwischen diesen beiden Grundrechten zu Konflikten, muss abgewogen werden, welches dieser Rechte von höherer Bedeutung ist. Diese Gewichtung muss allerdings von Fall zu Fall neu bewertet werden. Dass auch der Kunstfreiheit, die in den Kapiteln 4.2.2 und 4.2.3 eine zentrale Rolle einnimmt, Schranken gesetzt werden, geht aus Art. 5 GG nicht hervor, ist nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts allerdings gängige Praxis, da auch die Freiheit der Kunst nicht die Verletzung von Grundrechten Dritter rechtfertigt.

Rechtlich sind die Bereiche Medienfreiheiten und Jugendmedienschutz somit durchaus miteinander vereinbar. Denn es ist wichtig zu beachten, dass, wenn der Jugendmedienschutz nach Prüfung eines Falles gegenüber den Grundrechten der Medienfreiheiten überwiegt, es dadurch nicht zu einem Verbot des entsprechenden Mediums kommt, sondern dieses in der Folge einer Verbreitungsbeschränkung unterliegt. Somit ist der Anbieter im Produktionsvorgang von staatlicher Seite aus nicht eingeschränkt, da erst nach Veröffentlichung seines Werkes der Jugendmedienschutz greift. Auch an den in Kapitel 4 genannten Beispielen des Rappers Bushido ist dies nachzuvollziehen. Die aufgeführten Lieder bzw. Tonträger sind zwar indiziert worden, doch die Freiheit, Kunst zu erschaffen, wird davon nicht berührt, da es in Deutschland das absolute Verbot der Vorzensur gibt. Die Verbreitung der Tonträger ist zwar nur noch unter Einschränkungen möglich, doch Volljährigen ist der Zugang zu diesen Medien immer noch möglich. Die Frage der Vereinbarkeit der beiden Grundrechte ist vergleichbar mit der Tatsache, dass auch die Bürger der BRD frei sind, sich allerdings an geltende Gesetze halten müssen und somit auch von diesen eingeschränkt werden können.

Auf der anderen Seite kann man natürlich den prinzipiellen Einwand anführen, dass jeder Eingriff in die Meinungs-, Presse- oder Kunstfreiheit eine Beschränkung darstellt, durch welche die jeweilige Freiheit praktisch nicht mehr vorhanden ist, da auch die Verbreitung der Meinung, Kunst oder von Informationen durch eine freie Presse zu diesen Freiheiten gehört. An dieser Stelle wäre es ideal, wenn die entsprechenden Gesetze so ausgearbeitet wären, dass den Gremien und Gerichten möglichst kein Interpretationsspielraum mehr gegeben wäre und man die Grenze zur Jugendgefährdung so genau wie möglich definieren könnte, was allerdings fast unmöglich erscheint, da sich die Sachlage von Fall zu Fall immer wieder unterschiedlich darstellt.

Somit bleibt festzuhalten, dass es, sowohl für die These der Vereinbarkeit als auch für die der Unvereinbarkeit, durchaus Argumente gibt. Bei diesen Bereichen wird es auch künftig immer wieder Streitpunkte geben und zu Entscheidungen kommen, die nicht für jeden nachvollziehbar sind. Die Gesetze erscheinen allerdings so genau wie möglich ausgearbeitet. Durch diese wird dem Jugendmedienschutz ein sehr großer Wert zugestanden und Kinder und Jugendliche so gut es geht vor möglichen Gefahrenquellen für ihre Entwicklung geschützt. Im Rahmen der durch die Jugendschutzvorschriften festgesetzten Grenzen gibt es allerdings noch viel Spielraum zur freien Entfaltung, so dass man zu guter Letzt festhalten muss, dass es zwischen den Prinzipien Medienfreiheit und Jugendmedienschutz keinen Widerspruch gibt.

Literaturverzeichnis

BILD.DE: Diese Geschichte darf BILD.de nicht schreiben. Ein Minister und der Vorgang um den Verdacht einer Straftat.... ...die uns Steuerzahler ganz viel Geld kostet. 2010. URL: <http://www.bild.de/politik/2010/politik/pressefreiheit-14053420.bild.html>, Stand 19.06.2014.

BÖHN Andreas, SEIDLER Andreas: Mediengeschichte. Eine Einführung, 2. Auflage. Tübingen 2014.

BPJM: Geschichte der BPJM. URL: <http://www.bundespruefstelle.de/bpjm/Aufgaben/geschichte.html>, Stand 19.06.2014.

BPJM: BPJM Thema. Hip-Hop-Musik in der Spruchpraxis der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPJM) – Rechtliche Bewertung und medienpädagogischer Umgang. Mit 20 Fragen und Antworten zu gesetzlichen Regelungen und zur Medien-erziehung. Bonn 2008. URL: <http://www.bundespruefstelle.de/RedaktionBMFSFJ/RedaktionBPJM/PDFs/bpjm-thema-hiphop,property=pdf,bereich=bpjm,sprache=de,rwb=true.pdf>, Stand 19.06.2014.

BPJM: Musik-CD „NWA“ und Video „Stress ohne Grund“ rechtmäßig indiziert. In: „BPJM-Aktuell“ 2/2014. URL: http://www.bundespruefstelle.de/RedaktionBMFSFJ/RedaktionBPJM/PDFs/BPJMAktuell/bpjm-aktuell-201402-musik-cd-nwa-video-stress-ohne-grund-rechtmae_C3_9Fig-indiziert,property=pdf,bereich=bpjm,sprache=de,rwb=true.pdf, Stand 19.06.2014.

BPJM: Rap-CD „NWA“ des Interpreten „Shindy“ indiziert. In: BPJM-Aktuell 3/2013. URL: <http://www.bundespruefstelle.de/RedaktionBMFSFJ/RedaktionBPJM/PDFs/BPJMAktuell/bpjm-aktuell-201303-rap-cd-nwa,property=pdf,bereich=bpjm,sprache=de,rwb=true.pdf>, Stand 19.06.2014.

BPJM.COM: Indizierungsentscheidung: „Vom Bordstein bis zur Skyline“. 2005. URL: <http://www.bpjm.com/bpjmdotcom/ibordsteinbiszurskyline.htm>, Stand 19.06.2014.

BUSCHE Sinja-Mareike: Die Entwicklung des Jugendmedienschutzes in Deutschland. Würzburg 2005.

BUß Christian: Bushido und der Bambi: Pöbeln, bis der Preis kommt. Erschienen bei SPIEGEL ONLINE 2011. URL: <http://www.spiegel.de/kultur/tv/bushido-und-der-bambi-poebeln-bis-der-preis-kommt-a-796979.html>, Stand 19.06.2014.

CORNILS Matthias: Die Ausgestaltung der Grundrechte. Untersuchungen zur Grundrechtsbindung des Ausgestaltungsgesetzgebers. Tübingen 2005.

FOCUS: Gewalt, Vergewaltigung, Mord. Wegen dieser Songs ist Bushido so umstritten. 2013. URL: http://www.focus.de/kultur/musik/aufregung-um-stress-ohne-grundgewalt-vergewaltigung-mord-wegen-dieser-songs-ist-bushido-so-umstritten_aid_1043944.html, Stand 19.06.2014.

FSM: Über uns. Übersicht. URL: <http://www.fsm.de/ueber-uns>, Stand 19.06.2014.

KJM: Amtliche Begründung zum Jugendmedienschutz-Staatsvertrag. URL: http://www.kjm-online.de/fileadmin/Download_KJM/Recht/Amtliche_Begrueendung_zum_JMStV_korrigiert.pdf, Stand 19.06.2014.

KJM: Auftrag. URL: <http://www.kjm-online.de/die-kjm/auftrag.html>, Stand: 19.06.2014.

KJM: Selbstkontrolle (Rundfunk). URL: <http://www.kjm-online.de/rundfunk/selbstkontrolle.html>, Stand: 19.06.2014.

KJM: Selbstkontrolle (Telemedien). URL: <http://www.kjm-online.de/telemedien/selbstkontrolle.html>, Stand: 19.06.2014.

KOHL Helmut, HASSE Arne: Medienrecht. In: Schanze, Helmut (Hg.): Handbuch der Mediengeschichte. Stuttgart 2001, S. 165-185.

LAUT.DE: Laut.de-Biographie. Bushido. 2014. URL: <http://www.laut.de/Bushido>, Stand 19.06.2014.

LÖFFLER Martin: Der Verfassungsauftrag der Presse (1963). In: Wilke, Jürgen (Hg.): Pressefreiheit. Darmstadt 1984, S. 343-356.

MICHAEL Lothar, MORLOK Martin: Grundrechte, 4. Auflage. Baden-Baden 2014.

MICHAEL Lothar, THIEL Markus: „Übungsfall: „Enthüllung“ – Zu den Grenzen der Kunstfreiheit bei Romanen mit (auto-)biographischem Hintergrund“, erschienen in „Zeitschrift für das Juristische Studium“ 2/2009. URL: http://www.zjs-online.com/dat/artikel/2009_2_165.pdf, Stand 19.06.2014.

NIKLES Bruno W. et al.: Jugendschutzrecht. Kommentar zum Jugendschutzgesetz (JuSchG) und zum Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) mit Erläuterungen zur

Systematik und Praxis des Jugendschutzes. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. München/Unterschleißheim 2005.

PRESSEFREIHEIT WISSEN: Pressefreiheit Wissen. Entwicklung in Frankreich. URL: <http://pressefreiheit-wissen.de/geschichte/frankreich.html>, Stand 19.06.2014.

STÖBER Rudolf: Deutsche Pressegeschichte. Einführung, Systematik, Glossar. Konstanz 2000.

UKROW Jörg: Jugendschutzrecht. München 2004.

WAS WAR WANN?: Was war wann? Geschichte von 0000 bis gestern. Biografie Bushido Lebenslauf Lebensdaten. 2014. URL: <http://www.was-war-wann.de/musik/biografie/bushido.html>, Stand 19.06.2014.

Winkler Thomas: Bushido und die Mafia. Ziemlich beste Freunde. Erschienen bei TAZ.DE 2013. URL: <http://www.taz.de/!114767/>, Stand 19.06.2014.

Anlagen

Auszüge aus dem Grundgesetz (GG)

Artikel 1

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2

(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 5

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6

(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.

(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.

(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.

(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.

(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Auszüge aus dem Jugendschutzgesetz (JuSchG)

§ 1 Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Gesetzes

1. sind Kinder Personen, die noch nicht 14 Jahre alt sind,
2. sind Jugendliche Personen, die 14, aber noch nicht 18 Jahre alt sind,
3. ist personensorgeberechtigte Person, wem allein oder gemeinsam mit einer anderen Person nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Personensorge zusteht,
4. ist erziehungsbeauftragte Person, jede Person über 18 Jahren, soweit sie auf Dauer oder zeitweise aufgrund einer Vereinbarung mit der personensorgeberechtigten Person Erziehungsaufgaben wahrnimmt oder soweit sie ein Kind oder eine jugendliche Person im Rahmen der Ausbildung oder der Jugendhilfe betreut.

(2) Trägermedien im Sinne dieses Gesetzes sind Medien mit Texten, Bildern oder Tönen auf gegenständlichen Trägern, die zur Weitergabe geeignet, zur unmittelbaren Wahrnehmung bestimmt oder in einem Vorführ- oder Spielgerät eingebaut sind. Dem gegenständlichen Verbreiten, Überlassen, Anbieten oder Zugänglichmachen von Trägermedien steht das elektronische Verbreiten, Überlassen, Anbieten oder Zugänglichmachen gleich, soweit es sich nicht um Rundfunk im Sinne des § 2 des Rundfunkstaatsvertrages handelt.

(3) Telemedien im Sinne dieses Gesetzes sind Medien, die nach dem Telemediengesetz übermittelt oder zugänglich gemacht werden. Als Übermitteln oder Zugänglichmachen im Sinne von Satz 1 gilt das Bereithalten eigener oder fremder Inhalte.

(4) Versandhandel im Sinne dieses Gesetzes ist jedes entgeltliche Geschäft, das im Wege der Bestellung und Übersendung einer Ware durch Postversand oder elektronischen Versand ohne persönlichen Kontakt zwischen Lieferant und Besteller oder ohne dass durch technische oder sonstige Vorkehrungen sichergestellt ist, dass kein Versand an Kinder und Jugendliche erfolgt, vollzogen wird.

(5) Die Vorschriften der §§ 2 bis 14 dieses Gesetzes gelten nicht für verheiratete Jugendliche.

§ 11 Filmveranstaltungen

(1) Die Anwesenheit bei öffentlichen Filmveranstaltungen darf Kindern und Jugendlichen nur gestattet werden, wenn die Filme von der obersten Landesbehörde oder einer Organisation der freiwilligen Selbstkontrolle im Rahmen des Verfahrens nach § 14 Abs. 6 zur Vorführung vor ihnen freigegeben worden sind oder wenn es sich um Informations-, Instruktions- und Lehrfilme handelt, die vom Anbieter mit „Infoprogramm“ oder „Lehrprogramm“ gekennzeichnet sind.

(2) Abweichend von Absatz 1 darf die Anwesenheit bei öffentlichen Filmveranstaltungen mit Filmen, die für Kinder und Jugendliche ab zwölf Jahren freigegeben und gekennzeichnet sind, auch Kindern ab sechs Jahren gestattet werden, wenn sie von einer personensorgeberechtigten Person begleitet sind.

(3) Unbeschadet der Voraussetzungen des Absatzes 1 darf die Anwesenheit bei öffentlichen Filmveranstaltungen nur mit Begleitung einer personensorgeberechtigten oder erziehungsbeauftragten Person gestattet werden

1. Kindern unter sechs Jahren,
2. Kindern ab sechs Jahren, wenn die Vorführung nach 20 Uhr beendet ist,
3. Jugendlichen unter 16 Jahren, wenn die Vorführung nach 22 Uhr beendet ist,
4. Jugendlichen ab 16 Jahren, wenn die Vorführung nach 24 Uhr beendet ist.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten für die öffentliche Vorführung von Filmen unabhängig von der Art der Aufzeichnung und Wiedergabe. Sie gelten auch für Werbevorspanne und Beiprogramme. Sie gelten nicht für Filme, die zu nichtgewerblichen Zwecken hergestellt werden, solange die Filme nicht gewerblich genutzt werden.

(5) Werbefilme oder Werbeprogramme, die für Tabakwaren oder alkoholische Getränke werben, dürfen unbeschadet der Voraussetzungen der Absätze 1 bis 4 nur nach 18 Uhr vorgeführt werden.

§ 12 Bildträger mit Filmen oder Spielen

(1) Bespielte Videokassetten und andere zur Weitergabe geeignete, für die Wiedergabe auf oder das Spiel an Bildschirmgeräten mit Filmen oder Spielen programmierte Datenträger (Bildträger) dürfen einem Kind oder einer jugendlichen Person in der Öffentlichkeit nur zugänglich gemacht werden, wenn die Programme von der obersten Landesbehörde oder einer Organisation der freiwilligen Selbstkontrolle im Rahmen des Verfahrens nach § 14 Abs. 6 für ihre Altersstufe freigegeben und gekennzeichnet worden sind oder wenn es sich um Informations-, Instruktions- und Lehrprogramme handelt, die vom Anbieter mit „Infoprogramm“ oder „Lehrprogramm“ gekennzeichnet sind.

(2) Auf die Kennzeichnungen nach Absatz 1 ist auf dem Bildträger und der Hülle mit einem deutlich sichtbaren Zeichen hinzuweisen. Das Zeichen ist auf der Frontseite der Hülle unten auf einer Fläche von mindestens 1200 Quadratmillimetern und dem Bildträger auf einer Fläche von mindestens 250 Quadratmillimetern anzubringen. Die oberste Landesbehörde kann

1. Näheres über Inhalt, Größe, Form, Farbe und Anbringung der Zeichen anordnen und
2. Ausnahmen für die Anbringung auf dem Bildträger oder der Hülle genehmigen. Anbieter von Telemedien, die Filme, Film- und Spielprogramme verbreiten, müssen auf eine vorhandene Kennzeichnung in ihrem Angebot deutlich hinweisen.

(3) Bildträger, die nicht oder mit „Keine Jugendfreigabe“ nach § 14 Abs. 2 von der obersten Landesbehörde oder einer Organisation der freiwilligen Selbstkontrolle im Rahmen des Verfahrens nach § 14 Abs. 6 oder nach § 14 Abs. 7 vom Anbieter gekennzeichnet sind, dürfen

1. einem Kind oder einer jugendlichen Person nicht angeboten, überlassen oder sonst zugänglich gemacht werden,
2. nicht im Einzelhandel außerhalb von Geschäftsräumen, in Kiosken oder anderen Verkaufsstellen, die Kunden nicht zu betreten pflegen, oder im Versandhandel angeboten oder überlassen werden.

(4) Automaten zur Abgabe bespielter Bildträger dürfen

1. auf Kindern oder Jugendlichen zugänglichen öffentlichen Verkehrsflächen,
2. außerhalb von gewerblich oder in sonstiger Weise beruflich oder geschäftlich genutzten Räumen oder
3. in deren unbeaufsichtigten Zugängen, Vorräumen oder Fluren nur aufgestellt werden, wenn ausschließlich nach § 14 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 gekennzeichnete Bildträger angeboten werden und durch technische Vorkehrungen gesichert ist, dass sie von Kindern und Jugendlichen, für deren

Altersgruppe ihre Programme nicht nach § 14 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 freigegeben sind, nicht bedient werden können.

(5) Bildträger, die Auszüge von Film- und Spielprogrammen enthalten, dürfen abweichend von den Absätzen 1 und 3 im Verbund mit periodischen Druckschriften nur vertrieben werden, wenn sie mit einem Hinweis des Anbieters versehen sind, der deutlich macht, dass eine Organisation der freiwilligen Selbstkontrolle festgestellt hat, dass diese Auszüge keine Jugendbeeinträchtigungen enthalten. Der Hinweis ist sowohl auf der periodischen Druckschrift als auch auf dem Bildträger vor dem Vertrieb mit einem deutlich sichtbaren Zeichen anzubringen. § 12 Abs. 2 Satz 1 bis 3 gilt entsprechend. Die Berechtigung nach Satz 1 kann die oberste Landesbehörde für einzelne Anbieter ausschließen.

§ 13 Bildschirmspielgeräte

(1) Das Spielen an elektronischen Bildschirmspielgeräten ohne Gewinnmöglichkeit, die öffentlich aufgestellt sind, darf Kindern und Jugendlichen ohne Begleitung einer personensorgeberechtigten oder erziehungsbeauftragten Person nur gestattet werden, wenn die Programme von der obersten Landesbehörde oder einer Organisation der freiwilligen Selbstkontrolle im Rahmen des Verfahrens nach § 14 Abs. 6 für ihre Altersstufe freigegeben und gekennzeichnet worden sind oder wenn es sich um Informations-, Instruktions- oder Lehrprogramme handelt, die vom Anbieter mit „Infoprogramm“ oder „Lehrprogramm“ gekennzeichnet sind.

(2) Elektronische Bildschirmspielgeräte dürfen

1. auf Kindern oder Jugendlichen zugänglichen öffentlichen Verkehrsflächen,
2. außerhalb von gewerblich oder in sonstiger Weise beruflich oder geschäftlich genutzten Räumen oder
3. in deren unbeaufsichtigten Zugängen, Vorräumen oder Fluren nur aufgestellt werden, wenn ihre Programme für Kinder ab sechs Jahren freigegeben und gekennzeichnet oder nach § 14 Abs. 7 mit „Infoprogramm“ oder „Lehrprogramm“ gekennzeichnet sind.

(3) Auf das Anbringen der Kennzeichnungen auf Bildschirmspielgeräten findet § 12 Abs. 2 Satz 1 bis 3 entsprechende Anwendung.

§ 14 Kennzeichnung von Filmen und Film- und Spielprogrammen

(1) Filme sowie Film- und Spielprogramme, die geeignet sind, die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen oder ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu beeinträchtigen, dürfen nicht für ihre Altersstufe freigegeben werden.

(2) Die oberste Landesbehörde oder eine Organisation der freiwilligen Selbstkontrolle im Rahmen des Verfahrens nach Absatz 6 kennzeichnet die Filme und die Film- und Spielprogramme mit

1. „Freigegeben ohne Altersbeschränkung“,
2. „Freigegeben ab sechs Jahren“,
3. „Freigegeben ab zwölf Jahren“,
4. „Freigegeben ab sechzehn Jahren“,
5. „Keine Jugendfreigabe“.

(3) Hat ein Trägermedium nach Einschätzung der obersten Landesbehörde oder einer Organisation der freiwilligen Selbstkontrolle im Rahmen des Verfahrens nach Absatz 6 einen der in § 15 Abs. 2 Nr. 1 bis 5 bezeichneten Inhalte oder ist es in die Liste nach § 18 aufgenommen, wird es nicht gekennzeichnet. Die oberste Landesbehörde hat Tatsachen, die auf einen Verstoß gegen § 15 Abs. 1 schließen lassen, der zuständigen Strafverfolgungsbehörde mitzuteilen.

(4) Ist ein Programm für Bildträger oder Bildschirmspielgeräte mit einem in die Liste nach § 18 aufgenommenen Trägermedium ganz oder im Wesentlichen inhaltsgleich, wird es nicht gekennzeichnet. Das Gleiche gilt, wenn die Voraussetzungen für eine Aufnahme in die Liste vor-

liegen. In Zweifelsfällen führt die oberste Landesbehörde oder eine Organisation der freiwilligen Selbstkontrolle im Rahmen des Verfahrens nach Absatz 6 eine Entscheidung der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien herbei.

(5) Die Kennzeichnungen von Filmprogrammen für Bildträger und Bildschirmspielgeräte gelten auch für die Vorführung in öffentlichen Filmveranstaltungen und für die dafür bestimmten, inhaltsgleichen Filme. Die Kennzeichnungen von Filmen für öffentliche Filmveranstaltungen können auf inhaltsgleiche Filmprogramme für Bildträger und Bildschirmspielgeräte übertragen werden; Absatz 4 gilt entsprechend.

(6) Die obersten Landesbehörden können ein gemeinsames Verfahren für die Freigabe und Kennzeichnung der Filme sowie Film- und Spielprogramme auf der Grundlage der Ergebnisse der Prüfung durch von Verbänden der Wirtschaft getragene oder unterstützte Organisationen freiwilliger Selbstkontrolle vereinbaren. Im Rahmen dieser Vereinbarung kann bestimmt werden, dass die Freigaben und Kennzeichnungen durch eine Organisation der freiwilligen Selbstkontrolle Freigaben und Kennzeichnungen der obersten Landesbehörden aller Länder sind, soweit nicht eine oberste Landesbehörde für ihren Bereich eine abweichende Entscheidung trifft.

(7) Filme, Film- und Spielprogramme zu Informations-, Instruktions- oder Lehrzwecken dürfen vom Anbieter mit „Infoprogramm“ oder „Lehrprogramm“ nur gekennzeichnet werden, wenn sie offensichtlich nicht die Entwicklung oder Erziehung von Kindern und Jugendlichen beeinträchtigen. Die Absätze 1 bis 5 finden keine Anwendung. Die oberste Landesbehörde kann das Recht zur Anbieterkennzeichnung für einzelne Anbieter oder für besondere Film- und Spielprogramme ausschließen und durch den Anbieter vorgenommene Kennzeichnungen aufheben.

(8) Enthalten Filme, Bildträger oder Bildschirmspielgeräte neben den zu kennzeichnenden Film- oder Spielprogrammen Titel, Zusätze oder weitere Darstellungen in Texten, Bildern oder Tönen, bei denen in Betracht kommt, dass sie die Entwicklung oder Erziehung von Kindern oder Jugendlichen beeinträchtigen, so sind diese bei der Entscheidung über die Kennzeichnung mit zu berücksichtigen.

§ 15 Jugendgefährdende Trägermedien

(1) Trägermedien, deren Aufnahme in die Liste jugendgefährdender Medien nach § 24 Abs. 3 Satz 1 bekannt gemacht ist, dürfen nicht

1. einem Kind oder einer jugendlichen Person angeboten, überlassen oder sonst zugänglich gemacht werden,
2. an einem Ort, der Kindern oder Jugendlichen zugänglich ist oder von ihnen eingesehen werden kann, ausgestellt, angeschlagen, vorgeführt oder sonst zugänglich gemacht werden,
3. im Einzelhandel außerhalb von Geschäftsräumen, in Kiosken oder anderen Verkaufsstellen, die Kunden nicht zu betreten pflegen, im Versandhandel oder in gewerblichen Leihbüchereien oder Lesezirkeln einer anderen Person angeboten oder überlassen werden,
4. im Wege gewerblicher Vermietung oder vergleichbarer gewerblicher Gewährung des Gebrauchs, ausgenommen in Ladengeschäften, die Kindern und Jugendlichen nicht zugänglich sind und von ihnen nicht eingesehen werden können, einer anderen Person angeboten oder überlassen werden,
5. im Wege des Versandhandels eingeführt werden,
6. öffentlich an einem Ort, der Kindern oder Jugendlichen zugänglich ist oder von ihnen eingesehen werden kann, oder durch Verbreiten von Träger- oder Telemedien außerhalb des Geschäftsverkehrs mit dem einschlägigen Handel angeboten, angekündigt oder angepriesen werden,
7. hergestellt, bezogen, geliefert, vorrätig gehalten oder eingeführt werden, um sie oder aus ihnen gewonnene Stücke im Sinne der Nummern 1 bis 6 zu verwenden oder einer anderen Person eine solche Verwendung zu ermöglichen.

(2) Den Beschränkungen des Absatzes 1 unterliegen, ohne dass es einer Aufnahme in die Liste und einer Bekanntmachung bedarf, schwer jugendgefährdende Trägermedien, die

1. einen der in § 86, § 130, § 130a, § 131, § 184, § 184a, § 184b oder § 184c des Strafgesetzbuches bezeichneten Inhalte haben,
2. den Krieg verherrlichen,
3. Menschen, die sterben oder schweren körperlichen oder seelischen Leiden ausgesetzt sind oder waren, in einer die Menschenwürde verletzenden Weise darstellen und ein tatsächliches Geschehen wiedergeben, ohne dass ein überwiegendes berechtigtes Interesse gerade an dieser Form der Berichterstattung vorliegt,
- 3a. besonders realistische, grausame und reißerische Darstellungen selbstzweckhafter Gewalt beinhalten, die das Geschehen beherrschen,
4. Kinder oder Jugendliche in unnatürlicher, geschlechtsbetonter Körperhaltung darstellen oder
5. offensichtlich geeignet sind, die Entwicklung von Kindern oder Jugendlichen oder ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit schwer zu gefährden.

(3) Den Beschränkungen des Absatzes 1 unterliegen auch, ohne dass es einer Aufnahme in die Liste und einer Bekanntmachung bedarf, Trägermedien, die mit einem Trägermedium, dessen Aufnahme in die Liste bekannt gemacht ist, ganz oder im Wesentlichen inhaltsgleich sind.

(4) Die Liste der jugendgefährdenden Medien darf nicht zum Zweck der geschäftlichen Werbung abgedruckt oder veröffentlicht werden.

(5) Bei geschäftlicher Werbung darf nicht darauf hingewiesen werden, dass ein Verfahren zur Aufnahme des Trägermediums oder eines inhaltsgleichen Telemediums in die Liste anhängig ist oder gewesen ist.

(6) Soweit die Lieferung erfolgen darf, haben Gewerbetreibende vor Abgabe an den Handel die Händler auf die Vertriebsbeschränkungen des Absatzes 1 Nr. 1 bis 6 hinzuweisen.

§ 16 Sonderregelung für Telemedien

Regelungen zu Telemedien, die in die Liste jugendgefährdender Medien nach § 18 aufgenommen sind, bleiben Landesrecht vorbehalten.

§ 17 Name und Zuständigkeit

- (1) Die Bundesprüfstelle wird vom Bund errichtet. Sie führt den Namen „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien“.
- (2) Über eine Aufnahme in die Liste jugendgefährdender Medien und über Streichungen aus dieser Liste entscheidet die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien.

§ 18 Liste jugendgefährdender Medien

- (1) Träger- und Telemedien, die geeignet sind, die Entwicklung von Kindern oder Jugendlichen oder ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu gefährden, sind von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien in eine Liste jugendgefährdender Medien aufzunehmen. Dazu zählen vor allem unsittliche, verrohend wirkende, zu Gewalttätigkeit, Verbrechen oder Rassenhass anreizende Medien sowie Medien, in denen
 1. Gewalthandlungen wie Mord- und Metzelszenen selbstzweckhaft und detailliert dargestellt werden oder
 2. Selbstjustiz als einzig bewährtes Mittel zur Durchsetzung der vermeintlichen Gerechtigkeit nahe gelegt wird.

(2) Die Liste ist in vier Teilen zu führen.

1. In Teil A (Öffentliche Liste der Trägermedien) sind alle Trägermedien aufzunehmen, soweit sie nicht den Teilen B, C oder D zuzuordnen sind;

2. in Teil B (Öffentliche Liste der Trägermedien mit absolutem Verbreitungsverbot) sind, soweit sie nicht Teil D zuzuordnen sind, Trägermedien aufzunehmen, die nach Einschätzung der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien einen in § 86, § 130, § 130a, § 131, § 184a, 184b oder § 184c des Strafgesetzbuches bezeichneten Inhalt haben;

3. in Teil C (Nichtöffentliche Liste der Medien) sind diejenigen Trägermedien aufzunehmen, die nur deshalb nicht in Teil A aufzunehmen sind, weil bei ihnen von einer Bekanntmachung der Aufnahme in die Liste gemäß § 24 Abs. 3 Satz 2 abzusehen ist, sowie alle Telemedien, soweit sie nicht Teil D zuzuordnen sind;

4. in Teil D (Nichtöffentliche Liste der Medien mit absolutem Verbreitungsverbot) sind diejenigen Trägermedien, die nur deshalb nicht in Teil B aufzunehmen sind, weil bei ihnen von einer Bekanntmachung der Aufnahme in die Liste gemäß § 24 Abs. 3 Satz 2 abzusehen ist, sowie diejenigen Telemedien aufzunehmen, die nach Einschätzung der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien einen in § 86, § 130, § 130a, § 131, § 184a, 184b oder § 184c des Strafgesetzbuches bezeichneten Inhalt haben.

(3) Ein Medium darf nicht in die Liste aufgenommen werden

1. allein wegen seines politischen, sozialen, religiösen oder weltanschaulichen Inhalts,
2. wenn es der Kunst oder der Wissenschaft, der Forschung oder der Lehre dient,
3. wenn es im öffentlichen Interesse liegt, es sei denn, dass die Art der Darstellung zu beanstanden ist.

(4) In Fällen von geringer Bedeutung kann davon abgesehen werden, ein Medium in die Liste aufzunehmen.

(5) Medien sind in die Liste aufzunehmen, wenn ein Gericht in einer rechtskräftigen Entscheidung festgestellt hat, dass das Medium einen der in § 86, § 130, § 130a, § 131, § 184, § 184a, 184b oder § 184c des Strafgesetzbuches bezeichneten Inhalte hat.

(6) Telemedien sind in die Liste aufzunehmen, wenn die zentrale Aufsichtsstelle der Länder für den Jugendmedienschutz die Aufnahme in die Liste beantragt hat; es sei denn, der Antrag ist offensichtlich unbegründet oder im Hinblick auf die Spruchpraxis der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien unvertretbar.

(7) Medien sind aus der Liste zu streichen, wenn die Voraussetzungen für eine Aufnahme nicht mehr vorliegen. Nach Ablauf von 25 Jahren verliert eine Aufnahme in die Liste ihre Wirkung.

(8) Auf Filme, Film- und Spielprogramme, die nach § 14 Abs. 2 Nr. 1 bis 5 gekennzeichnet sind, findet Absatz 1 keine Anwendung. Absatz 1 ist außerdem nicht anzuwenden, wenn die zentrale Aufsichtsstelle der Länder für den Jugendmedienschutz über das Telemedium zuvor eine Entscheidung dahin gehend getroffen hat, dass die Voraussetzungen für die Aufnahme in die Liste jugendgefährdender Medien nach Absatz 1 nicht vorliegen. Hat eine anerkannte Einrichtung der Selbstkontrolle das Telemedium zuvor bewertet, so findet Absatz 1 nur dann Anwendung, wenn die zentrale Aufsichtsstelle der Länder für den Jugendmedienschutz die Voraussetzungen für die Aufnahme in die Liste jugendgefährdender Medien nach Absatz 1 für gegeben hält.

§ 19 Personelle Besetzung

(1) Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien besteht aus einer oder einem von dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ernannten Vorsitzenden, je einer oder einem von jeder Landesregierung zu ernennenden Beisitzerin oder Beisitzer und weiteren von dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu ernennenden Beisitzerinnen oder Beisitzern. Für die Vorsitzende oder den Vorsitzenden und die Beisitzerinnen oder Beisitzer ist mindestens je eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter zu ernennen. Die jeweilige Landesregierung kann ihr Ernennungsrecht nach Absatz 1 auf eine oberste Landesbehörde übertragen.

(2) Die von dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu ernennenden Beisitzerinnen und Beisitzer sind den Kreisen

1. der Kunst,
2. der Literatur,
3. des Buchhandels und der Verlegerschaft,
4. der Anbieter von Bildträgern und von Telemedien,
5. der Träger der freien Jugendhilfe,
6. der Träger der öffentlichen Jugendhilfe,
7. der Lehrerschaft und
8. der Kirchen, der jüdischen Kultusgemeinden und anderer Religionsgemeinschaften, die Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, auf Vorschlag der genannten Gruppen zu entnehmen. Dem Buchhandel und der Verlegerschaft sowie dem Anbieter von Bildträgern und von Telemedien stehen diejenigen Kreise gleich, die eine vergleichbare Tätigkeit bei der Auswertung und beim Vertrieb der Medien unabhängig von der Art der Aufzeichnung und der Wiedergabe ausüben.

(3) Die oder der Vorsitzende und die Beisitzerinnen oder Beisitzer werden auf die Dauer von drei Jahren bestimmt. Sie können von der Stelle, die sie bestimmt hat, vorzeitig abberufen werden, wenn sie der Verpflichtung zur Mitarbeit in der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien nicht nachkommen.

(4) Die Mitglieder der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien sind an Weisungen nicht gebunden.

(5) Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien entscheidet in der Besetzung von zwölf Mitgliedern, die aus der oder dem Vorsitzenden, drei Beisitzerinnen oder Beisitzern der Länder und je einer Beisitzerin oder einem Beisitzer aus den in Absatz 2 genannten Gruppen bestehen. Erscheinen zur Sitzung einberufene Beisitzerinnen oder Beisitzer oder ihre Stellvertreterinnen oder Stellvertreter nicht, so ist die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien auch in einer Besetzung von mindestens neun Mitgliedern beschlussfähig, von denen mindestens zwei den in Absatz 2 Nr. 1 bis 4 genannten Gruppen angehören müssen.

(6) Zur Anordnung der Aufnahme in die Liste bedarf es einer Mehrheit von zwei Dritteln der an der Entscheidung mitwirkenden Mitglieder der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien. In der Besetzung des Absatzes 5 Satz 2 ist für die Listenaufnahme eine Mindestzahl von sieben Stimmen erforderlich.

§ 20 Vorschlagsberechtigte Verbände

(1) Das Vorschlagsrecht nach § 19 Abs. 2 wird innerhalb der nachfolgenden Kreise durch folgende Organisationen für je eine Beisitzerin oder einen Beisitzer und eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter ausgeübt:

1. für die Kreise der Kunst durch

Deutscher Kulturrat,

Bund Deutscher Kunsterzieher e.V.,

Künstlergilde e.V.,

Bund Deutscher Grafik-Designer,

2. für die Kreise der Literatur durch

Verband deutscher Schriftsteller,

Freier Deutscher Autorenverband,

Deutscher Autorenverband e.V.,

PEN-Zentrum,

3. für die Kreise des Buchhandels und der Verlegerschaft durch

Börsenverein des Deutschen Buchhandels e.V.,

Verband Deutscher Bahnhofsbuchhändler,

Bundesverband Deutscher Buch-, Zeitungs- und Zeitschriftengrossisten e.V.,

Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e.V.,

Verband Deutscher Zeitschriftenverleger e.V.,

Börsenverein des Deutschen Buchhandels e.V. - Verlegerausschuss,

Arbeitsgemeinschaft der Zeitschriftenverlage (AGZV) im Börsenverein des Deutschen

Buchhandels,

4. für die Kreise der Anbieter von Bildträgern und von Telemedien durch

Bundesverband Video,

Verband der Unterhaltungssoftware Deutschland e. V.,

Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e.V.,

Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V.,

Deutscher Multimedia Verband e.V.,

Electronic Commerce Organisation e.V.,

Verband der Deutschen Automatenindustrie e. V.,

IVD Interessengemeinschaft der Videothekare Deutschlands e.V.,

5. für die Kreise der Träger der freien Jugendhilfe durch

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege,

Deutscher Bundesjugendring,

Deutsche Sportjugend,

Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (BAJ) e.V.,

6. für die Kreise der Träger der öffentlichen Jugendhilfe durch

Deutscher Landkreistag,

Deutscher Städtetag,

Deutscher Städte- und Gemeindebund,

7. für die Kreise der Lehrerschaft durch

Gewerkschaft Erziehung u. Wissenschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund,

Deutscher Lehrerverband,

Verband Bildung und Erziehung,

Verein Katholischer deutscher Lehrerinnen und

8. für die Kreise der in § 19 Abs. 2 Nr. 8 genannten Körperschaften des öffentlichen Rechts durch

Bevollmächtigter des Rates der EKD am Sitz der Bundesrepublik Deutschland,

Kommissariat der deutschen Bischöfe - Katholisches Büro in Berlin,

Zentralrat der Juden in Deutschland.

Für jede Organisation, die ihr Vorschlagsrecht ausübt, ist eine Beisitzerin oder ein Beisitzer und eine stellvertretende Beisitzerin oder ein stellvertretender Beisitzer zu ernennen. Reicht eine der in Satz 1 genannten Organisationen mehrere Vorschläge ein, wählt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eine Beisitzerin oder einen Beisitzer aus.

(2) Für die in § 19 Abs. 2 genannten Gruppen können Beisitzerinnen oder Beisitzer und stellvertretende Beisitzerinnen und Beisitzer auch durch namentlich nicht bestimmte Organisationen vorgeschlagen werden. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fordert im Januar jedes Jahres im Bundesanzeiger dazu auf, innerhalb von sechs Wochen derartige Vorschläge einzureichen. Aus den fristgerecht eingegangenen Vorschlägen hat es je Gruppe je eine zusätzliche Beisitzerin oder einen zusätzlichen Beisitzer und eine stellvertretende Beisitzerin oder einen stellvertretenden Beisitzer zu ernennen. Vorschläge von Organisationen, die kein eigenes verbandliches Gewicht besitzen oder eine dauerhafte Tätigkeit nicht erwarten lassen, sind nicht zu berücksichtigen. Zwischen den Vorschlägen mehrerer Interessenten entscheidet das Los, sofern diese sich nicht auf einen Vorschlag einigen; Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend. Sofern es unter Berücksichtigung der Geschäftsbelastung der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien erforderlich erscheint und sofern die Vorschläge der innerhalb einer Gruppe namentlich bestimmten Organisationen zahlenmäßig nicht ausreichen, kann das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auch mehrere Beisitzerinnen oder Beisitzer und stellvertretende Beisitzerinnen oder Beisitzer ernennen; Satz 5 gilt entsprechend.

§ 21 Verfahren

(1) Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien wird in der Regel auf Antrag tätig.

(2) Antragsberechtigt sind das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die obersten Landesjugendbehörden, die zentrale Aufsichtsstelle der Länder für den Jugendmedienschutz, die Landesjugendämter, die Jugendämter sowie für den Antrag auf Streichung aus der Liste und für den Antrag auf Feststellung, dass ein Medium nicht mit einem bereits in

die Liste aufgenommenen Medium ganz oder im Wesentlichen inhaltsgleich ist, auch die in Absatz 7 genannten Personen.

(3) Kommt eine Listenaufnahme oder eine Streichung aus der Liste offensichtlich nicht in Betracht, so kann die oder der Vorsitzende das Verfahren einstellen.

(4) Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien wird von Amts wegen tätig, wenn eine in Absatz 2 nicht genannte Behörde oder ein anerkannter Träger der freien Jugendhilfe dies anregt und die oder der Vorsitzende der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien die Durchführung des Verfahrens im Interesse des Jugendschutzes für geboten hält.

(5) Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien wird auf Veranlassung der oder des Vorsitzenden von Amts wegen tätig,

1. wenn zweifelhaft ist, ob ein Medium mit einem bereits in die Liste aufgenommenen Medium ganz oder im Wesentlichen inhaltsgleich ist,
2. wenn bekannt wird, dass die Voraussetzungen für die Aufnahme eines Mediums in die Liste nach § 18 Abs. 7 Satz 1 nicht mehr vorliegen, oder
3. wenn die Aufnahme in die Liste nach § 18 Abs. 7 Satz 2 wirkungslos wird und weiterhin die Voraussetzungen für die Aufnahme in die Liste vorliegen.

(6) Vor der Entscheidung über die Aufnahme eines Telemediums in die Liste hat die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien der zentralen Aufsichtsstelle der Länder für den Jugendmedienschutz Gelegenheit zu geben, zu dem Telemedium unverzüglich Stellung zu nehmen. Die Stellungnahme hat die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien bei ihrer Entscheidung maßgeblich zu berücksichtigen. Soweit der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien eine Stellungnahme der zentralen Aufsichtsstelle der Länder für den Jugendmedienschutz innerhalb von fünf Werktagen nach Aufforderung nicht vorliegt, kann sie ohne diese Stellungnahme entscheiden.

(7) Der Urheberin oder dem Urheber, der Inhaberin oder dem Inhaber der Nutzungsrechte sowie bei Telemedien dem Anbieter ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(8) Die Entscheidungen sind

1. bei Trägermedien der Urheberin oder dem Urheber sowie der Inhaberin oder dem Inhaber der Nutzungsrechte,
2. bei Telemedien der Urheberin oder dem Urheber sowie dem Anbieter,
3. der antragstellenden Behörde,
4. dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den obersten Landesjugendbehörden und der zentralen Aufsichtsstelle der Länder für den Jugendmedienschutz zuzustellen. Sie hat die sich aus der Entscheidung ergebenden Verbreitungs- und Werbebeschränkungen im Einzelnen aufzuführen. Die Begründung ist beizufügen oder innerhalb einer Woche durch Zustellung nachzureichen.

(9) Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien soll mit der zentralen Aufsichtsstelle der Länder für den Jugendmedienschutz zusammenarbeiten und einen regelmäßigen Informationsaustausch pflegen.

(10) Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien kann ab dem 1. Januar 2004 für Verfahren, die auf Antrag der in Absatz 7 genannten Personen eingeleitet werden und die auf die Entscheidung gerichtet sind, dass ein Medium

1. nicht mit einem bereits in die Liste für jugendgefährdende Medien aufgenommenen Medium ganz oder im Wesentlichen inhaltsgleich ist oder
2. aus der Liste für jugendgefährdende Medien zu streichen ist, Kosten (Gebühren und Auslagen) erheben. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die gebührenpflichtigen Tatbestände und die Gebührensätze näher zu bestimmen. Das Verwaltungskostengesetz findet Anwendung.

§ 22 Aufnahme von periodischen Trägermedien und Telemedien

(1) Periodisch erscheinende Trägermedien können auf die Dauer von drei bis zwölf Monaten in die Liste jugendgefährdender Medien aufgenommen werden, wenn innerhalb von zwölf Monaten mehr als zwei ihrer Folgen in die Liste aufgenommen worden sind. Dies gilt nicht für Tageszeitungen und politische Zeitschriften.

(2) Telemedien können auf die Dauer von drei bis zwölf Monaten in die Liste jugendgefährdender Medien aufgenommen werden, wenn innerhalb von zwölf Monaten mehr als zwei ihrer Angebote in die Liste aufgenommen worden sind. Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 23 Vereinfachtes Verfahren

(1) Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien kann im vereinfachten Verfahren in der Besetzung durch die oder den Vorsitzenden und zwei weiteren Mitgliedern, von denen eines den in § 19 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 genannten Gruppen angehören muss, einstimmig entscheiden, wenn das Medium offensichtlich geeignet ist, die Entwicklung von Kindern oder Jugendlichen oder ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu gefährden. Kommt eine einstimmige Entscheidung nicht zustande, entscheidet die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien in voller Besetzung (§ 19 Abs. 5).

(2) Eine Aufnahme in die Liste nach § 22 ist im vereinfachten Verfahren nicht möglich.

(3) Gegen die Entscheidung können die Betroffenen (§ 21 Abs. 7) innerhalb eines Monats nach Zustellung Antrag auf Entscheidung durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien in voller Besetzung stellen.

(4) Nach Ablauf von zehn Jahren seit Aufnahme eines Mediums in die Liste kann die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien die Streichung aus der Liste unter der Voraussetzung des § 21 Abs. 5 Nr. 2 im vereinfachten Verfahren beschließen.

(5) Wenn die Gefahr besteht, dass ein Träger- oder Telemedium kurzfristig in großem Umfange vertrieben, verbreitet oder zugänglich gemacht wird und die endgültige Listenaufnahme offensichtlich zu erwarten ist, kann die Aufnahme in die Liste im vereinfachten Verfahren vorläufig angeordnet werden. Absatz 2 gilt entsprechend.

(6) Die vorläufige Anordnung ist mit der abschließenden Entscheidung der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien, jedoch spätestens nach Ablauf eines Monats, aus der Liste zu streichen. Die Frist des Satzes 1 kann vor ihrem Ablauf um höchstens einen Monat verlängert werden. Absatz 1 gilt entsprechend. Soweit die vorläufige Anordnung im Bundesanzeiger bekannt zu machen ist, gilt dies auch für die Verlängerung.

§ 24 Führung der Liste jugendgefährdender Medien

(1) Die Liste jugendgefährdender Medien wird von der oder dem Vorsitzenden der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien geführt.

(2) Entscheidungen über die Aufnahme in die Liste oder über Streichungen aus der Liste sind unverzüglich auszuführen. Die Liste ist unverzüglich zu korrigieren, wenn Entscheidungen der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien aufgehoben werden oder außer Kraft treten.

(3) Wird ein Trägermedium in die Liste aufgenommen oder aus ihr gestrichen, so ist dies unter Hinweis auf die zugrunde liegende Entscheidung im Bundesanzeiger bekannt zu machen. Von der Bekanntmachung ist abzusehen, wenn das Trägermedium lediglich durch Telemedien ver-

breitet wird oder wenn anzunehmen ist, dass die Bekanntmachung der Wahrung des Jugendschutzes schaden würde.

(4) Wird ein Medium in Teil B oder D der Liste jugendgefährdender Medien aufgenommen, so hat die oder der Vorsitzende dies der zuständigen Strafverfolgungsbehörde mitzuteilen. Wird durch rechtskräftiges Urteil festgestellt, dass sein Inhalt den in Betracht kommenden Tatbestand des Strafgesetzbuches nicht verwirklicht, ist das Medium in Teil A oder C der Liste aufzunehmen. Die oder der Vorsitzende führt eine erneute Entscheidung der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien herbei, wenn in Betracht kommt, dass das Medium aus der Liste zu streichen ist.

(5) Wird ein Telemedium in die Liste jugendgefährdender Medien aufgenommen und ist die Tat im Ausland begangen worden, so soll die oder der Vorsitzende dies den im Bereich der Telemedien anerkannten Einrichtungen der Selbstkontrolle zum Zweck der Aufnahme in nutzerautonome Filterprogramme mitteilen. Die Mitteilung darf nur zum Zweck der Aufnahme in nutzerautonome Filterprogramme verwandt werden.

§ 30 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt an dem Tag in Kraft, an dem der Staatsvertrag der Länder über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien in Kraft tritt. Gleichzeitig treten das Gesetz zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit vom 25. Februar 1985 (BGBl. I S. 425), zuletzt geändert durch Artikel 8a des Gesetzes vom 15. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3762) und das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften und Medieninhalte in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Juli 1985 (BGBl. I S. 1502), zuletzt geändert durch Artikel 8b des Gesetzes vom 15. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3762) außer Kraft. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gibt das Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes im Bundesgesetzblatt bekannt.

(2) Abweichend von Absatz 1 Satz 1 treten § 10 Abs. 2 und § 28 Abs. 1 Nr. 13 am 1. Januar 2007 in Kraft.

Auszüge aus dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV)

§ 1 Zweck des Staatsvertrages

Zweck des Staatsvertrages ist der einheitliche Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Angeboten in elektronischen Informations- und Kommunikationsmedien, die deren Entwicklung oder Erziehung beeinträchtigen oder gefährden, sowie der Schutz vor solchen Angeboten in elektronischen Informations- und Kommunikationsmedien, die die Menschenwürde oder sonstige durch das Strafgesetzbuch geschützte Rechtsgüter verletzen.

§ 2 Geltungsbereich

(1) Dieser Staatsvertrag gilt für elektronische Informations- und Kommunikationsmedien (Rundfunk und Telemedien).

(2) Dieser Staatsvertrag gilt nicht für elektronische Informations- und Kommunikationsdienste soweit sie Telekommunikationsdienste nach § 3 Nr. 24 des Telekommunikationsgesetzes sind, die ganz in der Übertragung von Signalen über Telekommunikationsnetze bestehen oder telekommunikationsgestützte Dienste nach § 3 Nr. 25 des Telekommunikationsgesetzes sind.

(3) Das Telemediengesetz und die für Telemedien anwendbaren Bestimmungen des Rundfunkstaatsvertrages bleiben unberührt.

§ 3 Begriffsbestimmungen

(1) Kind im Sinne dieses Staatsvertrages ist, wer noch nicht 14 Jahre, Jugendllicher, wer 14 Jahre, aber noch nicht 18 Jahre alt ist.

(2) Im Sinne dieses Staatsvertrages sind

1. „Angebote“ Rundfunksendungen oder Inhalte von Telemedien,
2. „Anbieter“ Rundfunkveranstalter oder Anbieter von Telemedien.

§ 4 Unzulässige Angebote

(1) Unbeschadet strafrechtlicher Verantwortlichkeit sind Angebote unzulässig, wenn sie

1. Propagandamittel im Sinne des § 86 des Strafgesetzbuches darstellen, deren Inhalt gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet ist,

2. Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen im Sinne des § 86 a des Strafgesetzbuches verwenden,

3. zum Hass gegen Teile der Bevölkerung oder gegen eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihr Volkstum bestimmte Gruppe aufstacheln, zu Gewalt- und Willkürmaßnahmen gegen sie auffordern oder die Menschenwürde anderer dadurch angreifen, dass Teile der Bevölkerung oder eine vorbezeichnete Gruppe beschimpft, böswillig verächtlich gemacht oder verleumdet werden,

4. eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung der in § 6 Abs. 1 und § 7 Abs. 1 des Völkerstrafgesetzbuches bezeichneten Art in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, leugnen oder verharmlosen,

5. grausame oder sonst unmenschliche Gewalttätigkeiten gegen Menschen in einer Art schildern, die eine Verherrlichung oder Verharmlosung solcher Gewalttätigkeiten ausdrückt oder die das Grausame oder Unmenschliche des Vorgangs in einer die Menschenwürde verletzenden Weise darstellt; dies gilt auch bei virtuellen Darstellungen,

6. als Anleitung zu einer in § 126 Abs. 1 des Strafgesetzbuches genannten rechtswidrigen Tat dienen,

7. den Krieg verherrlichen,

8. gegen die Menschenwürde verstoßen, insbesondere durch die Darstellung von Menschen, die sterben oder schweren körperlichen oder seelischen Leiden ausgesetzt sind oder waren, wobei ein tatsächliches Geschehen wiedergegeben wird, ohne dass ein berechtigtes Interesse gerade für diese Form der Darstellung oder Berichterstattung vorliegt; eine Einwilligung ist unbeachtlich,

9. Kinder oder Jugendliche in unnatürlich geschlechtsbetonter Körperhaltung darstellen; dies gilt auch bei virtuellen Darstellungen,

10. pornografisch sind und Gewalttätigkeiten, den sexuellen Missbrauch von Kindern oder Jugendlichen oder sexuelle Handlungen von Menschen mit Tieren zum Gegenstand haben; dies gilt auch bei virtuellen Darstellungen, oder

11. in den Teilen B und D der Liste nach § 18 des Jugendschutzgesetzes aufgenommen sind oder mit einem in dieser Liste aufgenommenen Werk ganz oder im Wesentlichen inhaltsgleich sind. In den Fällen der Nummern 1 bis 4 und 6 gilt § 86 Abs. 3 des Strafgesetzbuches, im Falle der Nummer 5 § 131 Abs. 3 des Strafgesetzbuches entsprechend.

(2) Unbeschadet strafrechtlicher Verantwortlichkeit sind Angebote ferner unzulässig, wenn sie

1. in sonstiger Weise pornografisch sind,

2. in den Teilen A und C der Liste nach § 18 des Jugendschutzgesetzes aufgenommen sind oder mit einem in dieser Liste aufgenommenen Werk ganz oder im Wesentlichen inhaltsgleich sind, oder

3. offensichtlich geeignet sind, die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen oder ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit unter Berücksichtigung der besonderen Wirkungsform des Verbreitungsmediums schwer zu gefährden.

In Telemedien sind Angebote abweichend von Satz 1 zulässig, wenn von Seiten des Anbieters sichergestellt ist, dass sie nur Erwachsenen zugänglich gemacht werden (geschlossene Benutzergruppe).

(3) Nach Aufnahme eines Angebotes in die Liste nach § 18 des Jugendschutzgesetzes wirken die Verbote nach Absatz 1 und 2 auch nach wesentlichen inhaltlichen Veränderungen bis zu einer Entscheidung durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien.

§ 5 Entwicklungsbeeinträchtigende Angebote

(1) Sofern Anbieter Angebote, die geeignet sind, die Entwicklung von Kindern oder Jugendlichen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu beeinträchtigen, verbreiten oder zugänglich machen, haben sie dafür Sorge zu tragen, dass Kinder oder Jugendliche der betroffenen Altersstufen sie üblicherweise nicht wahrnehmen.

(2) Bei Angeboten wird die Eignung zur Beeinträchtigung der Entwicklung im Sinne von Absatz 1 vermutet, wenn sie nach dem Jugendschutzgesetz für Kinder oder Jugendliche der jeweiligen Altersstufe nicht freigegeben sind. Satz 1 gilt entsprechend für Angebote, die mit dem bewerteten Angebot im Wesentlichen inhaltsgleich sind.

(3) Der Anbieter kann seiner Pflicht aus Absatz 1 dadurch entsprechen, dass er

1. durch technische oder sonstige Mittel die Wahrnehmung des Angebots durch Kinder oder Jugendliche der betroffenen Altersstufe unmöglich macht oder wesentlich erschwert oder
2. die Zeit, in der die Angebote verbreitet oder zugänglich gemacht werden, so wählt, dass Kinder oder Jugendliche der betroffenen Altersstufe üblicherweise die Angebote nicht wahrnehmen.

(4) Ist eine entwicklungsbeeinträchtigende Wirkung im Sinne von Absatz 1 auf Kinder oder Jugendliche anzunehmen, erfüllt der Anbieter seine Verpflichtung nach Absatz 1, wenn das Angebot nur zwischen 23 Uhr und 6 Uhr verbreitet oder zugänglich gemacht wird. Gleiches gilt, wenn eine entwicklungsbeeinträchtigende Wirkung auf Kinder oder Jugendliche unter 16 Jahren zu befürchten ist, wenn das Angebot nur zwischen 22 Uhr und 6 Uhr verbreitet oder zugänglich gemacht wird. Bei Filmen, die nach § 14 Abs. 2 des Jugendschutzgesetzes unter 12 Jahren nicht freigegeben sind, ist bei der Wahl der Sendezeit dem Wohl jüngerer Kinder Rechnung zu tragen.

(5) Ist eine entwicklungsbeeinträchtigende Wirkung im Sinne von Absatz 1 nur auf Kinder zu befürchten, erfüllt der Anbieter von Telemedien seine Verpflichtung nach Absatz 1, wenn das Angebot getrennt von für Kinder bestimmten Angeboten verbreitet wird oder abrufbar ist.

(6) Absatz 1 gilt nicht für Nachrichtensendungen, Sendungen zum politischen Zeitgeschehen im Rundfunk und vergleichbare Angebote bei Telemedien, soweit ein berechtigtes Interesse gerade an dieser Form der Darstellung oder Berichterstattung vorliegt.

§ 6 Jugendschutz in der Werbung und im Teleshopping

(1) Werbung für indizierte Angebote ist nur unter den Bedingungen zulässig, die auch für die Verbreitung des Angebotes selbst gelten. Die Liste der jugendgefährdenden Medien (§ 18 des Jugendschutzgesetzes) darf nicht zum Zwecke der Werbung verbreitet oder zugänglich gemacht werden. Bei Werbung darf nicht darauf hingewiesen werden, dass ein Verfahren zur Aufnahme eines Angebotes oder eines inhaltsgleichen Trägermediums in die Liste nach § 18 des Jugendschutzgesetzes anhängig ist oder gewesen ist.

(2) Werbung darf Kinder und Jugendliche weder körperlich noch seelisch beeinträchtigen, darüber hinaus darf sie nicht

1. direkte Aufrufe zum Kaufen oder Mieten von Waren oder Dienstleistungen an Minderjährige enthalten, die deren Unerfahrenheit und Leichtgläubigkeit ausnutzen,

2. Kinder und Jugendliche unmittelbar auffordern, ihre Eltern oder Dritte zum Kauf der beworbenen Waren oder Dienstleistungen zu bewegen,
3. das besondere Vertrauen ausnutzen, das Kinder oder Jugendliche zu Eltern, Lehrern und anderen Vertrauenspersonen haben, oder
4. Kinder oder Minderjährige ohne berechtigten Grund in gefährlichen Situationen zeigen.

(3) Werbung, deren Inhalt geeignet ist, die Entwicklung von Kindern oder Jugendlichen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu beeinträchtigen, muss getrennt von Angeboten erfolgen, die sich an Kinder oder Jugendliche richten.

(4) Werbung, die sich auch an Kinder oder Jugendliche richtet oder bei der Kinder oder Jugendliche als Darsteller eingesetzt werden, darf nicht den Interessen von Kindern oder Jugendlichen schaden oder deren Unerfahrenheit ausnutzen.

(5) Werbung für alkoholische Getränke darf sich weder an Kinder oder Jugendliche richten noch durch die Art der Darstellung Kinder und Jugendliche besonders ansprechen oder diese beim Alkoholgenuß darstellen.

(6) Die Absätze 1 bis 5 gelten für Teleshopping und Sponsoring entsprechend. Teleshopping darf darüber hinaus Kinder oder Jugendliche nicht dazu anhalten, Kauf- oder Miet- bzw. Pachtverträge für Waren oder Dienstleistungen zu schließen.

§ 7 Jugendschutzbeauftragte

(1) Wer länderübergreifendes Fernsehen veranstaltet, hat einen Jugendschutzbeauftragten zu bestellen. Gleiches gilt für geschäftsmäßige Anbieter von allgemein zugänglichen Telemedien, die entwicklungsbeeinträchtigende oder jugendgefährdende Inhalte enthalten, sowie für Anbieter von Suchmaschinen.

(2) Anbieter von Telemedien mit weniger als 50 Mitarbeitern oder nachweislich weniger als zehn Millionen Zugriffen im Monatsdurchschnitt eines Jahres sowie Veranstalter, die nicht bundesweit verbreitetes Fernsehen veranstalten, können auf die Bestellung verzichten, wenn sie sich einer Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle anschließen und diese zur Wahrnehmung der Aufgaben des Jugendschutzbeauftragten verpflichten sowie entsprechend Absatz 3 beteiligen und informieren.

(3) Der Jugendschutzbeauftragte ist Ansprechpartner für die Nutzer und berät den Anbieter in Fragen des Jugendschutzes. Er ist vom Anbieter bei Fragen der Herstellung, des Erwerbs, der Planung und der Gestaltung von Angeboten und bei allen Entscheidungen zur Wahrung des Jugendschutzes angemessen und rechtzeitig zu beteiligen und über das jeweilige Angebot vollständig zu informieren. Er kann dem Anbieter eine Beschränkung oder Änderung von Angeboten vorschlagen.

(4) Der Jugendschutzbeauftragte muss die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderliche Fachkunde besitzen. Er ist in seiner Tätigkeit weisungsfrei. Er darf wegen der Erfüllung seiner Aufgaben nicht benachteiligt werden. Ihm sind die zur Erfüllung seiner Aufgaben notwendigen Sachmittel zur Verfügung zu stellen. Er ist unter Fortzahlung seiner Bezüge soweit für seine Aufgaben erforderlich von der Arbeitsleistung freizustellen.

(5) Die Jugendschutzbeauftragten der Anbieter sollen in einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch eintreten.

§ 8 Festlegung der Sendezeit

(1) Die in der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD) zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF), die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) oder von dieser hierfür anerkannte Einrichtungen der Freiwilligen Selbstkontrolle können jeweils in Richtlinien

oder für den Einzelfall für Filme, auf die das Jugendschutzgesetz keine Anwendung findet, zeitliche Beschränkungen vorsehen, um den Besonderheiten der Ausstrahlung von Filmen im Fernsehen, vor allem bei Fernsehserien, gerecht zu werden.

(2) Für sonstige Sendeformate können die in Absatz 1 genannten Stellen im Einzelfall zeitliche Beschränkungen vorsehen, wenn deren Ausgestaltung nach Thema, Themenbehandlung, Gestaltung oder Präsentation in einer Gesamtbewertung geeignet ist, Kinder oder Jugendliche in ihrer Entwicklung und Erziehung zu beeinträchtigen.

§ 9 Ausnahmeregelungen

(1) Auf Antrag des Intendanten kann das jeweils zuständige Organ der in der ARD zusammengegliederten Landesrundfunkanstalten, des Deutschlandradios und des ZDF sowie auf Antrag eines privaten Rundfunkveranstalters die KJM oder eine von dieser hierfür anerkannte Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle jeweils in Richtlinien oder für den Einzelfall von der Vermutung nach § 5 Abs. 2 abweichen. Dies gilt vor allem für Angebote, deren Bewertung länger als 15 Jahre zurückliegt. Die obersten Landesjugendbehörden sind von der abweichenden Bewertung zu unterrichten.

(2) Die Landesmedienanstalten können für digital verbreitete Programme des privaten Fernsehens durch übereinstimmende Satzungen festlegen, unter welchen Voraussetzungen ein Rundfunkveranstalter seine Verpflichtung nach § 5 erfüllt, indem er diese Sendungen nur mit einer allein für diese verwandten Technik verschlüsselt oder vorsperrt. Der Rundfunkveranstalter hat sicherzustellen, dass die Freischaltung durch den Nutzer nur für die Dauer der jeweiligen Sendung oder des jeweiligen Films möglich ist. Die Landesmedienanstalten bestimmen in den Satzungen nach Satz 1, insbesondere welche Anforderungen an die Verschlüsselung und Vorsperrung von Sendungen zur Gewährleistung eines effektiven Jugendschutzes zu stellen sind.

§ 11 Jugendschutzprogramme

(1) Der Anbieter von Telemedien kann den Anforderungen nach § 5 Abs. 3 Nr. 1 dadurch genügen, dass Angebote, die geeignet sind, die Entwicklung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen zu beeinträchtigen, für ein als geeignet anerkanntes Jugendschutzprogramm programmiert werden oder dass es ihnen vorgeschaltet wird.

(2) Jugendschutzprogramme nach Absatz 1 müssen zur Anerkennung der Eignung vorgelegt werden. Die zuständige Landesmedienanstalt trifft die Entscheidung durch die KJM. Zuständig ist die Landesmedienanstalt des Landes, bei der der Antrag auf Anerkennung gestellt ist. Die Anerkennung ist auf fünf Jahre befristet. Verlängerung ist möglich.

(3) Die Anerkennung nach Absatz 2 ist Jugendschutzprogrammen zu erteilen, wenn sie einen nach Altersstufen differenzierten Zugang ermöglichen oder vergleichbar geeignet sind.

(4) Die Anerkennung kann widerrufen werden, wenn die Voraussetzungen für die Anerkennung nachträglich entfallen sind.

(5) Wer gewerbsmäßig oder in großem Umfang Telemedien verbreitet oder zugänglich macht, soll auch die für Kinder oder Jugendliche unbedenklichen Angebote für ein anerkanntes Jugendschutzprogramm programmieren, soweit dies zumutbar und ohne unverhältnismäßige Kosten möglich ist.

(6) Die KJM kann vor Anerkennung eines Jugendschutzprogrammes einen zeitlich befristeten Modellversuch mit neuen Verfahren, Vorkehrungen oder technischen Möglichkeiten zur Gewährleistung des Jugendschutzes zulassen.

§ 12 Kennzeichnungspflicht

Anbieter von Telemedien, die ganz oder im Wesentlichen inhaltsgleich sind mit bespielten Videokassetten und mit anderen zur Weitergabe geeigneten, für die Wiedergabe auf oder das Spiel an Bildschirmgeräten mit Filmen oder Spielen programmierten Datenträgern (Bildträgern), die nach § 12 des Jugendschutzgesetzes gekennzeichnet oder für die jeweilige Altersstufe freigegeben sind, müssen auf eine vorhandene Kennzeichnung in ihrem Angebot deutlich hinweisen.

§ 14 Kommission für Jugendmedienschutz

(1) Die zuständige Landesmedienanstalt überprüft die Einhaltung der für die Anbieter geltenden Bestimmungen nach diesem Staatsvertrag. Sie trifft entsprechend den Bestimmungen dieses Staatsvertrages die jeweiligen Entscheidungen.

(2) Zur Erfüllung der Aufgaben nach Absatz 1 wird die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) gebildet. Diese dient der jeweils zuständigen Landesmedienanstalt als Organ bei der Erfüllung ihrer Aufgaben nach Absatz 1. Auf Antrag der zuständigen Landesmedienanstalt kann die KJM auch mit nichtländerübergreifenden Angeboten gutachtlich befasst werden. Absatz 5 bleibt unberührt.

(3) Die KJM besteht aus 12 Sachverständigen. Hiervon werden entsandt

1. sechs Mitglieder aus dem Kreis der Direktoren der Landesmedienanstalten, die von den Landesmedienanstalten im Einvernehmen benannt werden,
2. vier Mitglieder von den für den Jugendschutz zuständigen obersten Landesbehörden,
3. zwei Mitglieder von der für den Jugendschutz zuständigen obersten Bundesbehörde.

Für jedes Mitglied ist entsprechend Satz 2 ein Vertreter für den Fall seiner Verhinderung zu bestimmen. Die Amtsdauer der Mitglieder oder stellvertretenden Mitglieder beträgt fünf Jahre. Wiederberufung ist zulässig. Mindestens vier Mitglieder und stellvertretende Mitglieder sollen die Befähigung zum Richteramt haben. Den Vorsitz führt ein Direktor einer Landesmedienanstalt.

(4) Der KJM können nicht angehören Mitglieder und Bedienstete der Institutionen der Europäischen Union, der Verfassungsorgane des Bundes und der Länder, Gremienmitglieder und Bedienstete von Landesrundfunkanstalten der ARD, des ZDF, des Deutschlandradios, des Europäischen Fernsehkanals „ARTE“ und der privaten Rundfunkveranstalter oder Anbieter von Telemedien sowie Bedienstete von an ihnen unmittelbar oder mittelbar im Sinne von § 28 des Rundfunkstaatsvertrages beteiligten Unternehmen.

(5) Es können Prüfausschüsse gebildet werden. Jedem Prüfausschuss muss mindestens jeweils ein in Absatz 3 Satz 2 Nrn. 1 bis 3 aufgeführtes Mitglied der KJM oder im Falle seiner Verhinderung dessen Vertreter angehören. Die Prüfausschüsse entscheiden jeweils bei Einstimmigkeit anstelle der KJM. Zu Beginn der Amtsperiode der KJM wird die Verteilung der Prüfverfahren von der KJM festgelegt. Das Nähere ist in der Geschäftsordnung der KJM festzulegen.

(6) Die Mitglieder der KJM sind bei der Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Staatsvertrag an Weisungen nicht gebunden. Die Regelung zur Vertraulichkeit nach § 24 des Rundfunkstaatsvertrages gilt auch im Verhältnis der Mitglieder der KJM zu anderen Organen der Landesmedienanstalten.

(7) Die Mitglieder der KJM haben Anspruch auf Ersatz ihrer notwendigen Aufwendungen und Auslagen. Näheres regeln die Landesmedienanstalten durch übereinstimmende Satzungen.

§ 16 Zuständigkeit der KJM

Die KJM ist zuständig für die abschließende Beurteilung von Angeboten nach diesem Staatsvertrag. Sie ist unbeschadet der Befugnisse von anerkannten Einrichtungen der Freiwilligen Selbstkontrolle nach diesem Staatsvertrag im Rahmen des Satzes 1 insbesondere zuständig für

1. die Überwachung der Bestimmungen dieses Staatsvertrages,
2. die Anerkennung von Einrichtungen der Freiwilligen Selbstkontrolle und die Rücknahme oder den Widerruf der Anerkennung,
3. die Festlegung der Sendezeit nach § 8,
4. die Festlegung von Ausnahmen nach § 9,
5. die Prüfung und Genehmigung einer Verschlüsselungs- und Vorsperrungstechnik,
6. die Anerkennung von Jugendschutzprogrammen und für die Rücknahme oder den Widerruf der Anerkennung,
7. die Stellungnahme zu Indizierungsanträgen bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien und für Anträge bei der Bundesprüfstelle auf Indizierung und
8. die Entscheidung über Ordnungswidrigkeiten nach diesem Staatsvertrag.

§ 17 Verfahren der KJM

(1) Die KJM wird von Amts wegen tätig; auf Antrag einer Landesmedienanstalt oder einer obersten Landesjugendbehörde hat sie ein Prüfverfahren einzuleiten. Sie fasst ihre Beschlüsse mit der Mehrheit ihrer gesetzlichen Mitglieder, bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Die Beschlüsse sind zu begründen. In der Begründung sind die wesentlichen tatsächlichen und rechtlichen Gründe mitzuteilen. Die Beschlüsse der KJM sind gegenüber den anderen Organen der zuständigen Landesmedienanstalt bindend. Sie sind deren Entscheidungen zu Grunde zu legen.

(2) Die KJM soll mit der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien zusammenarbeiten und einen regelmäßigen Informationsaustausch pflegen.

(3) Die KJM erstattet den Gremien der Landesmedienanstalten, den für den Jugendschutz zuständigen obersten Landesjugendbehörden und der für den Jugendschutz zuständigen obersten Bundesbehörde erstmalig zwei Jahre nach ihrer Konstituierung und danach alle zwei Jahre einen Bericht über die Durchführung der Bestimmungen dieses Staatsvertrages.

§ 19 Einrichtungen der Freiwilligen Selbstkontrolle

(1) Einrichtungen Freiwilliger Selbstkontrolle können für Rundfunk und Telemedien gebildet werden.

(2) Anerkannte Einrichtungen der Freiwilligen Selbstkontrolle überprüfen im Rahmen ihres satzungsgemäßen Aufgabenbereichs die Einhaltung der Bestimmungen dieses Staatsvertrages sowie der hierzu erlassenen Satzungen und Richtlinien bei ihnen angeschlossenen Anbietern.

(3) Eine Einrichtung ist als Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle im Sinne dieses Staatsvertrages anzuerkennen, wenn

1. die Unabhängigkeit und Sachkunde ihrer benannten Prüfer gewährleistet ist und dabei auch Vertreter aus gesellschaftlichen Gruppen berücksichtigt sind, die sich in besonderer Weise mit Fragen des Jugendschutzes befassen,
2. eine sachgerechte Ausstattung durch eine Vielzahl von Anbietern sichergestellt ist,
3. Vorgaben für die Entscheidungen der Prüfer bestehen, die in der Spruchpraxis einen wirkamen Kinder- und Jugendschutz zu gewährleisten geeignet sind,
4. eine Verfahrensordnung besteht, die den Umfang der Überprüfung, bei Veranstaltern auch die Vorlagepflicht, sowie mögliche Sanktionen regelt und eine Möglichkeit der Überprüfung der Entscheidungen auch auf Antrag von landesrechtlich bestimmten Trägern der Jugendhilfe vorsieht,
5. gewährleistet ist, dass die betroffenen Anbieter vor einer Entscheidung gehört werden, die Entscheidung schriftlich begründet und den Beteiligten mitgeteilt wird und

6. eine Beschwerdestelle eingerichtet ist.

(4) Die zuständige Landesmedienanstalt trifft die Entscheidung durch die KJM. Zuständig ist die Landesmedienanstalt des Landes, in dem die Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle ihren Sitz hat. Ergibt sich danach keine Zuständigkeit, so ist diejenige Landesmedienanstalt zuständig, bei der der Antrag auf Anerkennung gestellt wurde. Die Einrichtung legt der KJM die für die Prüfung der Anerkennungsvoraussetzungen erforderlichen Unterlagen vor. Die Anerkennung ist auf vier Jahre befristet. Verlängerung ist möglich.

(5) Die Anerkennung kann widerrufen werden, wenn Voraussetzungen für die Anerkennung nachträglich entfallen sind oder sich die Sprechpraxis der Einrichtung nicht im Einklang mit dem geltenden Jugendschutzrecht befindet. Eine Entschädigung für Vermögensnachteile durch den Widerruf der Anerkennung wird nicht gewährt.

(6) Die anerkannten Einrichtungen der Freiwilligen Selbstkontrolle sollen sich über die Anwendung dieses Staatsvertrages abstimmen.

§ 20 Aufsicht

(1) Stellt die zuständige Landesmedienanstalt fest, dass ein Anbieter gegen die Bestimmungen dieses Staatsvertrages verstoßen hat, trifft sie die erforderlichen Maßnahmen gegenüber dem Anbieter.

(2) Für Veranstalter von Rundfunk trifft die zuständige Landesmedienanstalt durch die KJM entsprechend den landesrechtlichen Regelungen die jeweilige Entscheidung.

(3) Tritt die KJM an einen Rundfunkveranstalter mit dem Vorwurf heran, er habe gegen Bestimmungen dieses Staatsvertrages verstoßen, und weist der Veranstalter nach, dass er die Sendung vor ihrer Ausstrahlung einer anerkannten Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle im Sinne dieses Staatsvertrages vorgelegt und deren Vorgaben beachtet hat, so sind Maßnahmen durch die KJM im Hinblick auf die Einhaltung der Bestimmungen zum Jugendschutz durch den Veranstalter nur dann zulässig, wenn die Entscheidung oder die Unterlassung einer Entscheidung der anerkannten Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle die rechtlichen Grenzen des Beurteilungsspielraums überschreitet. Bei nichtvorlagefähigen Sendungen ist vor Maßnahmen bei behaupteten Verstößen gegen den Jugendschutz, mit Ausnahme von Verstößen gegen § 4 Abs. 1, durch die KJM die anerkannte Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle, der der Rundfunkveranstalter angeschlossen ist, zu befassen; Satz 1 gilt entsprechend. Für Entscheidungen nach den §§ 8 und 9 gilt Satz 1 entsprechend.

(4) Für Anbieter von Telemedien trifft die zuständige Landesmedienanstalt durch die KJM entsprechend § 59 Abs. 2 bis 4 des Rundfunkstaatsvertrages unter Beachtung der Regelungen zur Verantwortlichkeit nach den §§ 7 bis 10 des Telemediengesetzes die jeweilige Entscheidung.

(5) Gehört ein Anbieter von Telemedien einer anerkannten Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle im Sinne dieses Staatsvertrages an oder unterwirft er sich ihren Statuten, so ist bei behaupteten Verstößen gegen den Jugendschutz, mit Ausnahme von Verstößen gegen § 4 Abs. 1, durch die KJM zunächst diese Einrichtung mit den behaupteten Verstößen zu befassen. Maßnahmen nach Absatz 1 gegen den Anbieter durch die KJM sind nur dann zulässig, wenn die Entscheidung oder die Unterlassung einer Entscheidung der anerkannten Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle die rechtlichen Grenzen des Beurteilungsspielraums überschreitet.

(6) Zuständig ist die Landesmedienanstalt des Landes, in dem die Zulassung des Rundfunkveranstalters erteilt wurde oder der Anbieter von Telemedien seinen Sitz, Wohnsitz oder in Ermangelung dessen seinen ständigen Aufenthalt hat. Ergibt sich danach keine Zuständigkeit, so ist diejenige Landesmedienanstalt zuständig, in deren Bezirk der Anlass für die Amtshandlung hervortritt.

(7) Die Länder überprüfen drei Jahre nach In-Kraft-Treten dieses Staatsvertrages die Anwendung der Bestimmungen der Absätze 3 und 5 insbesondere auf der Grundlage des Berichts der

KJM nach § 17 Abs. 3 und von Stellungnahmen anerkannter Einrichtungen Freiwilliger Selbstkontrolle und der obersten Landesjugendbehörden.

§ 21 Auskunftsansprüche

(1) Ein Anbieter von Telemedien ist verpflichtet, der KJM Auskunft über die Angebote und über die zur Wahrung des Jugendschutzes getroffenen Maßnahmen zu geben und ihr auf Anforderung den unentgeltlichen Zugang zu den Angeboten zu Kontrollzwecken zu ermöglichen.

(2) Der Abruf oder die Nutzung von Angeboten im Rahmen der Aufsicht, der Ahndung von Verstößen oder der Kontrolle ist unentgeltlich. Anbieter haben dies sicherzustellen. Der Anbieter darf seine Angebote nicht gegen den Abruf oder die Kenntnisnahme durch die zuständige Stelle sperren oder den Abruf oder die Kenntnisnahme erschweren.

§ 28 In-Kraft-Treten, Neubekanntmachung

(1) Dieser Staatsvertrag tritt am 1. April 2003 in Kraft. Sind bis zum 31. März 2003 nicht alle Ratifikationsurkunden bei der Staats- oder Senatskanzlei des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz hinterlegt, wird der Staatsvertrag gegenstandslos.

(2) Die Staats- oder Senatskanzlei des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz teilt den Ländern die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden mit.

(3) Die Staats- und Senatskanzleien der Länder werden ermächtigt, den Wortlaut des Rundfunkstaatsvertrages, des ZDF-Staatsvertrages, des Deutschlandradio-Staatsvertrages und des Mediendienste-Staatsvertrages in der Fassung, die sich aus § 25 ergibt, mit neuem Datum bekannt zu machen.

Auszug aus der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)

Artikel 10 Freiheit der Meinungsäußerung

(1) Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben. Dieser Artikel hindert die Staaten nicht, für Hörfunk-, Fernseh- oder Kinounternehmen eine Genehmigung vorzuschreiben.

(2) Die Ausübung dieser Freiheiten ist mit Pflichten und Verantwortung verbunden; sie kann daher Formvorschriften, Bedingungen, Einschränkungen oder Strafdrohungen unterworfen werden, die gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sind für die nationale Sicherheit, die territoriale Unversehrtheit oder die öffentliche Sicherheit, zur Aufrechterhaltung der Ordnung oder zur Verhütung von Straftaten, zum Schutz der Gesundheit oder der Moral, zum Schutz des guten Rufes oder der Rechte anderer, zur Verhinderung der Verbreitung vertraulicher Informationen oder zur Wahrung der Autorität und der Unparteilichkeit der Rechtsprechung.

Auszug aus dem Rundfunk-Staatsvertrag (RStV)

§ 11 Auftrag

(1) Auftrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist, durch die Herstellung und Verbreitung ihrer Angebote als Medium und Faktor des Prozesses freier individueller und öffentlicher Meinungsbildung zu wirken und dadurch die demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft zu erfüllen. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben in ihren Angeboten einen umfassenden Überblick über das internationale, europäische, nationale und regionale Geschehen in allen wesentlichen Lebensbereichen zu geben. Sie sollen hierdurch die internationale Verständigung, die europäische Integration und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Bund und Ländern fördern. Ihre Angebote haben der Bildung, Information, Beratung und Unterhaltung zu dienen. Sie haben Beiträge insbesondere zur Kultur anzubieten. Auch Unterhaltung soll einem öffentlich-rechtlichen Angebotsprofil entsprechen.

(2) Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben bei der Erfüllung ihres Auftrags die Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung, die Meinungsvielfalt sowie die Ausgewogenheit ihrer Angebote zu berücksichtigen.

Songtexte von Bushido

„Eine Kugel reicht“

Telefonat

1. Strophe:

Jetzt ist wieder Zeit fürs Geschäft, ich lauf' die Straße hoch zum Block
Ich hab heute kein' Bock zu rappen und Kopfschmerzen vom Smog
Noch nichts gegessen und den Kragen hoch, weil's doch schon kalt ist
Laufen fällt schwer wenn der Wind weht und du alt wirst
Ich guck zum Horizont und sehe meine Skyline
Heute ist mein Tag und kein anderer wird mit dabei sein
Ich bin relaxt, in zwei Stunden mach ich den Deal
Nach drei lines Koks mach ich mich auf zu meinem Ziel
Ich bin drauf und meine Hände fang' an zu schwitzen
Die U-Bahn ist voller Leute, ich kann nicht mehr still sitzen
Ich muss raus

Jetzt sind es vielleicht noch hundert Meter
Ich kann jetzt nicht mehr zurück, die vierte Line leg' ich mir später
Ich steh unten vor der Tür, mein Finger liegt auf der Klingel
Das Blut rauscht mir im Ohr, der Blick geht hoch zum Himmel
Die Tür geht auf, mit einem Fuß steh ich im Haus
Den Zahnstocher im Mund lauf ich langsam die Treppe rauf
Ich bin viel zu drauf, mein ganzer Nasenraum ist taub
Ich hör mich selber noch sagen beim letzten Raub „jetzt hör ich auf“
Drauf geschissen ich brauch's, noch dreizehn Stufen bis nach oben
Gleich tausch ich meine Patrone gegen Geld und seine Drogen

Refrain:

Denn eine Kugel reicht, damit du merkst wie hart Beton ist
Komm vom Fenster weg, weil es hier draußen nichts um sonst gibt
Bist du schneller als der Abzug bevor ich ihn drücke?
Du kannst rennen, doch du weißt, dass ich dich finde und ficke

2. Strophe:

Ich setz mich auf die Couch und sag: "Du hast nen guten Geschmack"
Ich lächel, doch ich denk mir "Heute bist du fällig, du Spast"
Er macht die Playstation an, also nehm ich mir das Pad
Wir spielen „Tekken“, ich guck nicht hin und box in trotzdem weg
Er macht den Fernseher aus, wir gehen rüber zum Tisch
Langsam wird's spannend, ich krieg ein Zucken in meinem Gesicht
Bevor er fragt, was ich will, legt er uns erstmal ne line
Ich guck nach unten und denk mir "Scheiße, wie drauf kann man sein?"
Egal ich sag jetzt nicht „nein“, Augen zu und weg damit
Er guckt mich an und fragt mich endlich wie viel Koka ich krieg
"Gib mir so viel wie du hast", was ihm bestimmt nicht gefällt
"Gib mir alle deine Trips, die Pillen und bitte dein Geld!"
Er denkt, ich will ihn verarschen und lächelt schwul vor sich hin
Ich zieh die Knarre und schlag auf ihn ein, so drauf wie ich bin
Mir ist egal wer er ist, mir ist egal was passiert
Die Straße macht, dass man heute gewinnt und morgen verliert
Jeder macht das, was er muss und geht und kommt nicht zurück
Er hat getan, was er wollte und hatte heute kein Glück
Denn eine Kugel reicht

Refrain:

Denn eine Kugel reicht, damit du merkst wie hart Beton ist
Komm vom Fenster weg, weil es hier draußen nichts um sonst gibt
Bist du schneller als der Abzug bevor ich ihn drücke?
Du kannst rennen, doch du weißt, dass ich dich finde und ficke

Bridge:

Es wird sich zeigen, wer von uns beiden am Ende stehen bleibt
Du willst besser als ich rappen, geh und kauf dir zehn Mics du hast
Nicht ein Reim, du Spast bist jetzt mein Feind
Du hast nichts, weil Mr. Cordon mit keinem von euch teilt

„Dreckstück“ (Bushido und Fler)

Eh yo, ich scheiß drauf, ich nehm mir meine Cordon und hau rein
Die Nutte fickt meinen Kopf, ich kann jetzt erstmal nicht mehr bei ihr sein
Ich geh nach draußen und mach mich auf den Weg
Ich hab den ganzen Tag gestritten, wegen ihr komm ich zu spät
Draußen regnet's, nicht nass werden geht nicht
Mir kommt es vor, als wär die ganze scheiß Welt gegen mich
Ich sitz' im Bus, Endstation und ich muss wieder raus in den Regen
wieder raus in mein Leben

Was geht ab bei dir? Ich bin seit halb 8 hier
Ich ruf dich 3 mal an, du gehst nicht einmal ran
Ich steh im Regen, warum kommst du Spast den jetzt so spät?
Ich musste reden, weil sie wiedermal am Zeiger dreht
Was ist passiert? - Ach scheiße, ich bin explodiert
Die Nutte geht auf Partys und denkt, dass es mich nicht interessiert
Komm, klär den Scheiß, mein Wagen steht im Wendekreis
ich kenn den Weg von hier
nur sag mir wie die Straße heißt

Bushido, chill, ist gut, du wirst schon sehn sie tut
Nur so auf böse und am nächsten Tag ist alles besser
Sie braucht die Freiheit, die Partys und den Highlife
Gib ihr die Chance und du wirst seh'n, dass es dabei bleibt
Sie sucht den Kompromiss und glaubt an dich und euch
Denk dran was morgen ist und nicht an das was heut
Für Scheiße kam, bald liegt ihr wieder Arm in Arm
In ihrem Bett zu Hause, mach den Kopf zu und komm klar!
Mann, du hast Recht, im Moment geht's mir zwar schlecht
Doch wär' sie gar nicht mehr hier, hätt' ich, glaub ich, richtig Pech
Sie bedeutet mir zu viel, als dass ich ohne sie kann
Sie ist nur, ne Frau doch, an ihr hängt mir zu viel dran
Drück aufs Gas, ich will es klärn
Heute war nicht so der Tag und aus Fehlern soll man lernen
Ich werd's ihr sagen, jetzt und nicht irgendwann
Fahr nach vorne bis zur Einfahrt, ok gut, halt an

Das, was ich sehe, reicht, wie stark kann das Gefühl sein
Wenn du weißt, dass sie dich verarscht, ich trete ihre Tür ein!
Ab durch den Flur und wir steh'n in ihrem Zimmer
Ich seh' sie im Bett liegen mit irgend so einem Spinner!
Wer von euch beiden Missgeburten will mich jetzt verarschen?
Hör auf zu reden, denn hier gibt's nichts mehr zu sagen!
Ich schnapp mir den Toy auf ihren Bett, box ihn gegen jede Wand
Ich dreh gleich durch und zerfetz dich wie ein Sägeblatt
Du fickst die Frau, kommst hier einfach rein und denkst
„Alles ist cool, das wird ein geiler One Night Stand“
Doch falsch gedacht! Zur falschen Zeit am falschen Ort
Das, was du siehst bevor du stirbst, ist meine Cordon Sport!
Ich kick' ihn aus dem Raum, gleich in den Flur er weint
Versucht kurz aufzusteh'n, doch ich bleib stur und schrei
„Du dachtest, alles läuft heut Nacht so cool, wie du es willst
Und nicht, dass ich vorbei komm' und dich nach dem ficken kill
Kennst du das Gefühl, wenn deine Freundin grad
In ihrem Bett liegt und du siehst ein andrer Typ ist da?
Ich sag dir bring sie um, die Frau gleich mit du weißt
Ab heute sowieso, dass diese Schlampe auf dich scheißt!
Du zahlst den Preis! Am Ende wird es jeder seh'n
Fickst du die falsche Frau, nimmt man dir dafür dein Leben!“

Wie du in deinem Bett sitzt, halbnackt du Dreckstück
Ich wusste, dass du so bist, und jeden Dreck fickst
Nur weil du eine Frau bist und man dir in den Bauch fickt
Heißt es nicht, dass ich dich nicht schlage bis du blau bist
Wenn es das ist, was du die ganze Zeit wolltest, hast du es heute bekommen indem du
Schlampe meinen Stolz fickst
Ich verachte dich und alles, wofür du jetzt stehst
Alles was du bist ist ne Lüge, in der du Nutte lebst!
Du wirst nie wieder sagen, dass du bei Verwandten bist
Ab jetzt ist es egal, ob du mit mir nicht einverstanden bist
Eigentlich bin ich nur gekommen um dir zu sagen
Dass alles wieder Ok ist, um zu sagen „ich versteh dich!“

Egal wem du vertraust, du merkst es wird missbraucht
Egal wie viele Menschen kommen, sie werden alle Rauch
Egal wie oft ich dachte, dass wir uns noch beide lieben
Ich seh' dich in der Hölle, Mädchen, Ruhe in Frieden!

„Stress ohne Grund“ (nur Bushidos Part und der Refrain)

Strophe 2:

Halt die Fresse, fick die Presse, Kay, du Bastard bist jetzt vogelfrei
Du wirst in Berlin in deinen Arsch gefickt wie Wowereit
Yeah, fick die Polizei, LKA, BKA
Meine Jungs verticken Elektronik so wie Media Markt
Jeden Tag im Fadenkreuz, ich zeig' dir wie der Hase läuft
Arabisch-Deutsche Sippe und ich jage euch, ihr Partyboys
Du versteckst dich, doch ich finde dich wie Google Maps
Ich verkloppe blonde Opfer so wie Oli Pocher
Ich mach Schlagzeilen, fick deine Partei, yeah
Und ich will, dass Serkan Tören jetzt ins Gras beißt (Schussgeräusche)
Yeah, yeah, was für Vollmacht? Du Schwuchtel wirst gefoltert
Ich schieß' auf Claudia Roth und sie kriegt Löcher wie ein Golfplatz

Refrain:

Du Pisser sagst jetzt gar nichts, wenn die Gangster auf dich kacken
Ich-ich-ich komm auf die Party und mach Stress ohne Grund
Ich bring, ich bring den Sound zu dem auch deine Mutter bouncet
Es ist ganz normal, Männer lutschen keine Schwänze
Du Pisser sagst jetzt gar nichts, wenn die Gangster auf dich kacken
Ich-ich-ich komm auf die Party und mach Stress ohne Grund
Ich bring, ich bring den Sound, zu dem auch deine Mutter bouncet
Du Hurensohn, verpiss dich, denn die Banger sind am Mic

Eigenständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Quellen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht. Diese Arbeit wurde in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Ort, Datum

Vorname Nachname